

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

41. Pacific Islands Forum

Vom 4. bis zum 5. August fand in Port Vila (Vanuatu) das 41. Gipfeltreffen der Mitgliedsländer des „Pacific Islands Forum“ (PIF) statt. Dem diesjährigen Treffen blieben auffallend viele Spitzenpolitiker fern: Australiens neue Premierministerin Julia Gillard ließ sich durch ihren Außenminister vertreten. Premier Derek Sikua von den Salomonen steckte mitten im Wahlkampf, weil am gleichen Tag auf den Salomonen die Parlamentswahlen stattfanden. Papua-Neuguineas Premier Sir Michael Somare ließ sich durch den Planungsminister vertreten. Somare war mit der innenpolitischen Krise in seinem Land vollauf beschäftigt: Das Parlament wurde für drei Monate suspendiert, um ein Misstrauensvotum gegen Somare zu verhindern.

Vertreter von Neukaledonien und Französisch-Polynesien nahmen als „assoziierte Mitglieder“ an dem Treffen teil. Beobachter kamen aus Timor-Leste, Tokelau, Wallis und Futuna, von der Asiatischen Entwicklungshilfebank ADB, dem Sekretariat des britischen Commonwealth und den Vereinten Nationen. Fidschi ist wegen des Militärputsches und der anhaltenden politischen Krise weiterhin suspendiert.

Bei dem Treffen hatte Australien den rotierenden Vorsitz des Bundes an den Gastgeber Vanuatu abgegeben. Dessen Premierminister Edward Natapei betonte in seiner Eröffnungsrede, dass die Region nach wie vor unter den Nachwirkungen der globalen Wirtschaftskrise zu leiden habe. Die Forumsländer sollten sich stärker an Vorbildern wie Indien und China orientieren, die längst wieder starke Wachstumsraten aufweisen.

Knapp vier Jahrzehnte (Jubiläum ist 2011) nach der Gründung des ozeanischen Staatenbundes wurden alle Themen unter der Prä-

misse einer verbesserten regionalen Kooperation der Mitgliedsländer diskutiert. Die regionale Kooperation entlang der Richtlinien des sogenannten „Cairns Compact on Strengthening Development Coordination in the Pacific“ hat bereits Früchte getragen: So konnte man durch eine gemeinsame Anstrengung das kurz vor dem Staatsbankrott stehende Nauru wieder stabilisieren. Auch gemeinsame Richtlinien zur Ernährungs- und Energiesicherung auf den Inseln wurden auf den Weg gebracht.

Breiten Raum nahm auch der Klimawandel ein: „*Climate change remains the greatest threat to livelihoods, security and well-being of the peoples of the Pacific*“, heißt es wörtlich im mehrseitigen „Forum Communiqué“, dem traditionellen Abschlussdokument der Beratungen. Die beim Weltklimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen beschlossenen Hilfszahlungen an die pazifischen Länder durch industrialisierte Länder sollen gemeinsam in Anpassungsprojekte umgesetzt werden. Verabredet hat man sich auch für den nächsten Klimagipfel Ende des Jahres im mexikanischen Cancun (COP 16), bei dem die Pazifikstaaten erneut auf ihre Probleme durch die Klimawandelfolgen aufmerksam machen wollen. Alle Teilnehmer des Gipfeltreffens waren sich einig, dass die Anpassungsstrategien an den Klimawandel oberste Priorität in den nationalen Politiken der Regierungen genießen: „*Climate Change adaptation and mitigation should be integrated into broader national development efforts.*“

Die Regierungsvertreter bestätigten erneut ihr Engagement für den Einsatz erneuerbarer Energien. Sie beglückwünschten die Marshallinseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien und die Republik Palau zu ihrer „Green Energy Micronesia“ (GEM)-Initiative.

Ebenfalls auf der Tagesordnung stand die Fischerei. Zwar werden im Pazifik jährlich 3,4 Milliarden US-Dollar an Erträgen durch die Fischerei erzielt, doch haben die Pazifikstaaten selbst davon wenig

bis nichts: Nur 5 bis 6% der Gewinne bleiben im jeweiligen Land, wie die Umweltschutzorganisation Greenpeace am Rande des Treffens betonte. Die Regierungsvertreter vereinbarten eine noch engere Zusammenarbeit („Regional Monitoring Control and Surveillance Strategy“) bei der Bewirtschaftung der Fischgründe und bei der Überwachung der Gewässer auf der Suche nach illegalen Fischfangflotten. Ökologisch sensible Meeresabschnitte sollen auch zukünftig unter Schutz gestellt werden. Verabschiedet wurde auch der Entwurf zu einem panpazifischen Rahmenabkommen über die nachhaltige Entwicklung und Bewirtschaftung des Ozeans, das sogenannte „Pacific Ocean-scape“.

Besprochen wurde ebenfalls der Umgang mit behinderten Personen. Die Staaten verpflichteten sich, behinderte Menschen verstärkt in den Alltag zu integrieren und ihnen Perspektiven im Hinblick auf die volle gesellschaftliche Teilhabe zu eröffnen: „*All government programs...to address the needs of person with disabilities-accepting such people are among the poorest and most vulnerable and face many barriers to full participation in society*“.

Bei den derzeit laufenden Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein weitergehendes Freihandelsabkommen (PACER Plus) soll der Pazifikraum mit einer einzigen Stimme sprechen. Die EU hat ihr Interesse am Pazifik neu entdeckt und engagiert sich derzeit in drei Projekten: Bei der Untersuchung zu Tiefseemineralien, bei der Unterstützung der pazifischen Fischereibranche und bei der Förderung des Tunfischfangs.

Das nächste Pacific Islands Forum-Treffen findet vom 6. bis zum 9. September 2011 in Neuseeland statt. (*Communiqué of the 41th Pacific Islands Forum, <http://www.forumsec.org.fj>, Junge Welt 07.08.2010*)

Neue Weltkulturerbe-Stätten im Pazifik

Das Welterbekomitee der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) hat auf seiner 34. Tagung vom 25. Juli bis zum 3. August in der brasilianischen Hauptstadt Brasilia 21 Stätten neu in die Welterbeliste aufgenommen, darunter auch drei im Pazifik.

1. Als Kulturerbe wurde ausgezeichnet die „Bikini Atoll Nuclear Test Site“ auf dem gleichnamigen Atoll in den Marshallinseln als Mahnmal für die atomaren Gefahren für Mensch und Umwelt und in Erinnerung an die durch die Atomtests vertriebenen Atollbewohner.

2. Als Naturerbe wurde das „Phoenix Islands Protected Area“ in Kiribati, das flächenmäßig größte Meeresschutzgebiet der Erde, wegen seiner großen Biodiversität und der vielen unterseeischen erloschenen Vulkane aufgenommen.

3. Sowohl als Natur- als auch als Kulturerbe wurde aufgenommen das „Papahānaumokuākea Marine National Monument“, eine sich über 1.931 Kilometer erstreckende Atollinselwelt 250 Kilometer nordwestlich des Hawai'i-Archipels, die für die indigenen Hawaiianer hohe spirituelle und kosmologische Bedeutung hat. Von dort sind die Vorfahren der Hawaiianer gekommen und dorthin gehen auch die Geister der Verstorbenen zurück.

Info: Die Welterbe-Liste der UNESCO beinhaltet insgesamt 830 Denkmäler in 138 Staaten. Das Welterbe besteht aus 582 Kulturdenkmälern und 149 Naturdenkmälern. (*Radio NZ International* 02.08.10, *Flash d'Océanie* 02.08.10, <http://whc.unesco.org/en/35/>, <http://www.unesco.org>, <http://www.weltkulturerbe-online.de/>)

† Navigator Mau Pailug

Einer der letzten „großen“ Navigatoren Mikronesiens ist tot: Mau Pailug starb am 12. Juli im Alter von 78 Jahren an den Folgen einer

langjährigen Diabetes-Erkrankung auf seinem Heimatatoll Satawal (Yap, Karolineninseln, Föderierte Staaten von Mikronesien). Pailug wurde bereits im Alter von 18 Jahren zu einem sogenannten „Master Navigator“ ernannt. Er konnte sich allein mit Hilfe von Sternen, Wellenbewegungen sowie Wind- und Wetterverhältnissen und dem Flug der Vögel im Pazifischen Ozean orientieren.

Pailug revitalisierte die traditionelle Navigationskunst nicht nur in Mikronesien, sondern auch in anderen pazifischen Staaten. Anfang der 1970er Jahre wurde er Mitglied bei der „Polynesian Voyaging Society“ und gab dort sein Wissen weiter. So begleitete er beispielsweise 1976 die Fahrt des in traditioneller Weise erbauten hochseetüchtigen hawaiischen Doppel-Auslegerkanus „Hokule'a“ von Hawai'i nach Tahiti. 1999 war er an Bord des hawaiischen Kanus „Makali'i“ von Hawai'i über Majuro zu seinem Heimatatoll Satawal.

Pailug besuchte verschiedene Inseln der Region und warb dort für eine Renaissance traditioneller Bootsbau- und Navigationstechniken. So rief er auf dem Atoll Majuro (Marshallinseln) das bis dato bestehende Projekt „Majel“ (d.h. Kanus der Marshallinseln) ins Leben, in dem erfahrene Navigatoren ihr Wissen in Form von praktischem Unterricht an die jüngere Generation weitergeben.

2007 leitete er auf Satawal die erstmals seit 56 Jahren wieder stattfindende Initiationsfeier von fünf Hawaiianern und elf weiteren Pazifikinsulanern zu „Meisternavigatoren“. In Anerkennung seiner Verdienste um die Wiederbelebung der uralten Navigationstechniken bekam Mau bei dieser Gelegenheit das in Hawai'i erbaute Kanu „Alingano Maisu“ von der „Polynesian Voyaging Society“ überreicht.

Der im Freundes- und Bekanntenkreis respektvoll „Papa Mau“ genannte wurde eigentlich als Pius Pailug geboren. Da er jedoch bei jedem Wetter mit seinem Kanu aufs Meer ging, erhielt er schon in

jungen Namen den Spitznamen „Mau“ (d.h. stark). Mau war verheiratet mit Nemwaeito, das Paar zog zehn Jungen und sechs Mädchen groß.

Für seinen Einsatz um die Seefahrt ohne moderne technische Hilfsmittel wurde Pailug mehrfach ausgezeichnet. So wurde er 1987 zum Ehrendoktor der University of Hawai'i ernannt und erhielt 2008 die „Robert J. Pfeiffer Medaille“.

Gemäß der Tradition ließ die Familie des Verstorbenen neun Tage lang die Gewässer um Satawal für den Kanuverkehr und Fischfang sperren, um ihm so die letzte Ehre zu erweisen. (*Marianas Variety* 23.06.10, *Tahitipresse* 16.07.10, *Washington Post* 21.07.10, *Saipan Tribune* 19.07.10, *Wikipedia*)

Torres Strait-Bewohner gewinnen Prozess

Die indigenen Bewohner der Torres Strait-Inseln (Bundesstaat Queensland, Australien) haben einen neun Jahre langen Rechtsstreit um die Besitzrechte an den Gewässern der Torres-Straße für sich entschieden.

Richter Paul Finn vom „Australian Federal Court“ vergab sogenannte „nicht-exklusive“ Rechte (non-exclusive rights) über die Wasseroberfläche zwischen der Spitze der nordostaustralischen Halbinsel Cape York und dem Staat Papua-Neuguinea. Die Torres-Strait-Insulaner sind mit dem Gerichtsurteil nun offizielle Besitzer des Gebietes (ca. 40.000 Quadratkilometer Ozean) zwischen der Cape York-Halbinsel und der Südwestküste von PNG (Western Province). Hier liegen mehrere Inselchen sowie ausgedehnte Korallenriffe, Klippen und Sandbänke. Zwar gehört das Gebiet nun den Insulanern, doch dürfen sie es nicht ausschließlich für sich selbst nutzen. Die Durchfahrt und der Zugang müssen für alle, also z.B. auch für kommerzielle Fischflotten, offen bleiben. Auch die Gas-Pipeline von PNG nach Australien ist von dem Urteil nicht betroffen. Alle Vorgänge in dem be-

troffenen Gebiet müssen jedoch vorher mit den traditionellen Landeignern abgesprochen werden.

Info: Die Inseln in der Torres-Straße gehören größtenteils zum australischen Bundesstaat Queensland. Sie erstrecken sich über ein Gebiet von etwa 48.000 Quadratkilometern. Von den ca. 270 Inseln sind nur 17 Inseln von knapp 7.000 Menschen bewohnt. Neben der Amtssprache Englisch sprechen die Torres-Strait-Insulaner auch Mabuiag, Meriam und die Verkehrssprache Torres Kreole (eine dem Tok Pisin von Papua-Neuguinea verwandte Kreolsprache). Die Ureinwohner der Torres Strait-Inseln stammen nicht von den australischen Aborigines, sondern von den Melanesiern ab, die die Inselgruppe vor etwa 5.000 Jahren von Papua-Neuguinea aus besiedelten. Die Insulaner sind ein Volk von Seefahrern, das traditionell Handel mit Papua-Neuguinea treibt, aber auch landwirtschaftlich tätig ist.

(<http://www.tsra.gov.au/>,
<http://www.torresstrait.com.au/>, Radio Nz International 02.07.10, ABC radio Australia 05.07.10)

Australiens Grüne fordern Visum für Klimaflüchtlinge

Die australische Partei „The Greens“ fordert die Einführung eines neuen Visums für Klimaflüchtlinge. Parteisprecherin Senatorin Sarah Hanson-Young erklärte, Australien müsse mehr für den Schutz der Menschen in den australischen Anrainerstaaten unternehmen. Australien müsse sich mehr um die Folgen des Klimawandels kümmern und dabei vor allem die eventuell von einem Umzug betroffenen Menschen im Blick haben. Deshalb sei es nötig, eine neue Kategorie im Visum einzuführen, diejenige für „Klimaflüchtling“. Wenn man sich nicht bereits heute mit der potentiellen Ankunft vertriebener Pazifikinsulaner beschäftige, stünde man in 20 bis 30 Jahren dumm da, so die Menschenrechtsbeauftragte der Grünen. Pazifikinsulaner, die durch die drastischen Folgen des Klimawandels zum Verlassen ihrer

Heimatinsel gezwungen würden, dürfe die Einreise nach Australien nicht verweigert werden. Ein „Klimaflüchtlingsvisum“ würde das Procedere der Einreise stark vereinfachen.

(<http://greens.org.au/policies/care-for-people/immigration-and-refugees>, Australian Visa Bureau 05.08.10, <http://www.globalvisas.com/news>, Radio Australia 05.08.10)

Britin rudert erfolgreich über den Pazifik

Die britische Umweltschützerin Roz Savage hat als erste Frau den Pazifischen Ozean in einem Ruderboot überquert. Die 42-jährige hat den Pazifik in drei Etappen durchrudert. Im Mai 2008 war sie in San Francisco (USA) gestartet und hatte innerhalb von 99 Tagen die ersten 4.800 Kilometer bis zu den Hawai'i-Inseln gemeistert. Am 5. September 2009 erreichte die Ruderin nach 109 Tagen das Atoll Tarawa im polynesischen Inselstaat Kiribati. Am 18. April 2010 verließ Savage Kiribati auf dem Weg nach Papua-Neuguinea. Hier ging sie am 4. Juni unter dem Jubel von rund 5.000 Zuschauern auf dem Festland und in Auslegerkanus auf See im Hafen von Madang an Land.

Insgesamt 13.000 Kilometer hat Savage rudern zurückgelegt und dafür nach eigener Schätzung ungefähr 2,5 Millionen Ruderschläge gebraucht. Savages Ruderboot „Brocade“ war nur mit einer Schlafkammer, einem Satellitentelefon und einer kleinen Entsalzungsanlage ausgestattet. Unterwegs aß die zierliche Ruderin Trockenfrüchte, Nüsse und gefriergetrocknete Fertiggerichte. Außerdem züchtete sie in einem kleinen Topf Sojabohnen.

Bereits 2005 hatte die Sportlerin den Atlantik überquert, nächstes Ziel ist die Überquerung des Indischen Ozeans. Mit ihren spektakulären Fahrten will die engagierte Frau auf die Klimaerwärmung und die Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll aufmerksam machen. (<http://rozsavage.com/>, Spiegel online 05.06.10, TahitiPresse 07.06.10)

Deutsche Stiftung unterstützt Kanufahrt

Rund 6.000 Seemeilen haben Seefahrer aus verschiedenen pazifischen Ländern auf fünf traditionellen Doppelrumpf-Auslegerkanus („Wakas“) bei ihrer Fahrt von Neuseeland aus quer durch den Pazifik zurückgelegt. Seit September 2009 hatten die Seeleute im neuseeländischen Auckland für ihre große Fahrt geübt. Im April 2010 waren sie von Neuseeland aus in See gestochen und hatten dabei Französisch-Polynesien, die Cookinseln, Samoa, Tonga und Fidschi angesteuert. Die fünf Kanus waren dabei mit Seeleuten aus Tahiti, Vanuatu, den Marquesas-Inseln, den Tuamotus, Tonga, den Cookinseln, Samoa, Fidschi und mit Maoris besetzt. Jedes Kanu hatte einen besonderen Namen, so hieß das Kanu des Teams aus Vanuatu „Hine Moana“ (d.h. die Frau aus dem Ozean).

Die von der deutschen „Okeanos-Stiftung für das Meer“ finanzierte Reise stand unter dem Motto „Move your paddle silently through the water“. Ziel der Fahrt war einerseits die Wiederbelebung traditioneller Bootsbau- und Navigationstechniken, sowie andererseits die Bewußtseinsmachung für die durch den Klimawandel verursachten Schäden auf den Inseln und im Ozean.

Info: Die Okeanos-Stiftung wurde 2007 von dem Deutschen Dieter Paulmann ins Leben gerufen. Der Umweltschützer und seine Mitstreiter sehen ihre Hauptaufgabe im Schutz der Meere, hier vor allem der Unterwasserwelt. Sie wollen auf die Gefahren durch den Klimawandel und die Umweltverschmutzung aufmerksam machen. Regionaler Schwerpunkt ist der Pazifische Ozean.

Zurzeit finanziert die Stiftung eine Studie mit dem Titel „Climate Change and Ocean“. Ziel ist es herauszufinden, wie hoch die ökonomischen Kosten der Klimawandelfolgen für den Ozean sein werden. Die Ergebnisse dieser Studie sollen in Form eines internationa-

len Symposiums im Juli 2011 auf Hawai'i vorgestellt und mit Fachleuten diskutiert werden. (<http://www.oceanos-stiftung.org/>, *Vanuatu Daily Post* 05.08.10)

SPREP fördert Vogelschutzprogramme

Das „Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme“ (SPREP) wird Projekte zum Schutz bedrohter Vogelarten in seinen Mitgliedsländern unterstützen. Das ist eines der Ergebnisse des 13. Runden Tisches zum Naturschutz der pazifischen Inselstaaten (Roundtable for Nature Conservation), der Mitte Juli in der samoanischen Hauptstadt Apia stattfand. Die Vogelschutzorganisation „BirdLife International“ stellte der SPREP bei dieser Tagung ein Kompendium über so genannte „Important Bird Areas“ vor. Für die Studie hatte BirdLife International die Vogelvorkommen in Australien, Fidschi, Französisch-Polynesien, Palau, Neukaledonien, Neuseeland und Samoa über einen Zeitraum von vier Jahren hinweg beobachtet und dabei einen Schwerpunkt auf besonders bedrohte Vogelarten gelegt. Mit den genannten Ländern unterhält BirdLife International seit 1999 eine Partnerschaft, die „BirdLife Pacific Partnership“. BirdLife unterstützt dabei Nichtregierungsorganisationen in den betreffenden Ländern, die sich dem Schutz bedrohter Vogelarten verschrieben haben.

Das Kompendium soll den Mitgliedsländern der SPREP Ratschläge und Hinweise zu Schutzprogrammen für vom Aussterben bedrohte Vogelarten geben.

Info: Der 1922 von zwei Amerikanern gegründete „International Council for Bird Preservation“ wurde 1993 umbenannt in „BirdLife International“. Die in 100 Ländern tätige Naturschutzorganisation setzt sich für den Schutz von Vögeln und ihrer Habitate ein. Sie meldet die „rote Liste“ der vom Aussterben bedrohten Vogelarten an die „International Union for Conservation of Nature“. BirdLife

International betreibt in Fidschi ein Regionalbüro zur Betreuung der pazifischen Länder, die ein Partnerschaftsprogramm mit BirdLife International unterhalten. (<http://www.birdlife.org/>, <http://www.birdlife.org/regional/pacific/partnership.html>, *Palau Horizon* 14.07.10)

IRENA in Kraft

Das IRENA-Statut ist am 8. Juli in Kraft getreten.

Die „International Renewable Energy Authority“ (IRENA, Internationale Organisation für Erneuerbare Energien) ist eine internationale Regierungsorganisation mit dem Ziel der Förderung der umfassenden und nachhaltigen Nutzung erneuerbarer Energien in aller Welt. IRENA wurde am 26. Januar 2009 mit der Unterzeichnung der Statuten durch 75 Staaten in Bonn gegründet. Sie trat in Kraft, nachdem 25 Staaten sie ratifiziert hatten. Das war Anfang Juli der Fall. Inzwischen haben 149 Staaten IRENA unterschrieben und 31 Staaten haben sie ratifiziert. Im Pazifik sind das folgende Länder: Fidschi, Kiribati, Malaysia, Marshallinseln, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, Philippinen, Samoa, Tonga und Vanuatu.

Verwaltungssitz der IRENA ist Abu Dhabi. In Bonn wird der Sitz eines Innovations- und Technologiezentrums eingerichtet, während in Wien ein Verbindungs- und Kontaktbüro zu den Vereinten Nationen im Bereich Energie und zu anderen internationalen Institutionen entsteht. Generaldirektorin der IRENA ist die 40-jährige Französin Hélène Pelosse.

IRENA strebt an, Industrie- und Entwicklungsländer praxisnah zu beraten und zu unterstützen, Hilfestellung bei der Anpassung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zu leisten und dazu beizutragen, Kompetenzen aufzubauen. Die Agentur wird den Zugang zu sachbezogenen Informationen verbessern, wie zum Beispiel zu zuverlässigen Daten über das Potenzial erneuerbarer Energien, Best-Practice-Darstellungen, effektiven Finanzierungsmecha-

nismen und zum neuesten Stand des technischen Know-how.

(<http://irena.org/home/index.aspx?mnu=home> REEP Pacific Newsletter July 2010, Wikipedia)

Neuseeländerin wird Präsidentin von Zonta

Zum Juli 2012 wird die Neuseeländerin Lynn McKenzie neue Präsidentin von Zonta International. Sie wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung Anfang Juli in Texas für zwei Jahre in dieses Ehrenamt gewählt.

Die Neuseeländerin McKenzie hat einen Bachelor of Arts sowie ein Diplom in Regional- und Raumplanung von der Universität in Otago/Dunedin. Sie ist selbständig und berät u.a. Nichtregierungsorganisationen in den Bereichen Projektmanagement und Organisationsstrukturen. Seit 1989 engagiert sie sich beim Zonta Club in Wellington. Zudem ist sie in diversen Wohltätigkeitsvereinen ehrenamtlich tätig.

Info: Zonta International ist ein internationaler Service-Club berufstätiger Frauen, die sich zum Dienst am Menschen verpflichtet haben. Die Mitglieder von Zonta sind entweder selbständig oder in verantwortungsvollen Führungspositionen. Das Ziel dieser Vereinigung ist es, die Stellung der Frauen im politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Bereich zu verbessern. Gegründet wurde die „Confederation of Zonta Clubs“ (kurz: Zonta) am 8. November 1919 in Buffalo (USA). Der Name *Zonta* stammt aus dem Lakota, einer Sprache der Sioux-Familie und heißt so viel wie „*ehrenhaft und glaubwürdig handeln*“. Der Hauptsitz von Zonta International befindet sich in Chicago, Illinois. Zonta hat über 31.000 Mitglieder in 1.200 sogenannten „Clubs“ in 66 Ländern. Mitglied kann nur werden, wer von einem anderen Mitglied dazu eingeladen wird.

Zonta International ist überparteilich und überkonfessionell und schließt sich den Werten der Universellen Deklaration für Men-

schenrechte der Vereinten Nationen an. Zonta International hat als Nichtregierungsorganisation (NGO) eine Stimme bei den Vereinten Nationen (UN) und dem Europarat. Die deutschen Clubs gehören außerdem dem Deutschen Frauenrat an.

In Europa wurde der erste Club in Wien im Jahr 1931 gegründet. Der erste Zonta-Club in Deutschland entstand 1931 in Hamburg. (<http://www.zonta.org/>, *Scoop Daily News* 30.07.10)

“Council of Pacific Arts and Culture”

Die Mitgliedsländer des “Council of Pacific Arts” haben bei ihrer 23. Jahreshauptversammlung Mitte März im Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft (Secretariat of the Pacific Community, SPC) in der neukaledonischen Hauptstadt Nouméa die Namensänderung des Kunstausschusses in „Council of Pacific Arts and Culture“ beschlossen.

Der Ausschuss hat bereits vor zwei Jahren diverse Arbeitsgruppen gegründet und darin Strategien zur Vermittlung besonderer pazifischer Werte in Bildung und Erziehung festgelegt. Er arbeitet zudem an einer regionalen kulturellen Strategie, wie in den Zielen des „Pacific Plan“ festgelegt (Zitat: „...develop a strategy to maintain and strenghten Pacific cultural identity“).

Die Initiative zur Stärkung einer besonderen kulturellen und künstlerischen Identität geht dabei vor allem von dem fidschianischen Vertreter im Ausschuss aus, Adi Meretui Ratunabuabua. Er und seine Arbeitsgruppe wollen die Ergebnisse 2011 der Aufsichtsbehörde der SPC, der „Conference of the Pacific Community“ vorstellen. Diese tagt nächstes Jahr auf den Marshallinseln.

Info: Der „Council of Pacific Arts and Culture“ (zuvor: Council of Pacific Arts) wurde vor 30 Jahren gegründet, um das alle vier Jahre stattfindende “Festival of Pacific Arts” zu organisieren und durchzu-

führen. Dieses Festival ist das pazifikweit größte Kultur- und Kunstfestival, bei dem sich die pazifischen Staaten mit Gesang, Tanz, Musik, Lesungen, Performances und den bildenden Künsten einander und der Öffentlichkeit vorstellen. Das nächste Festival findet 2012 auf den Salomonen statt.

Zum Ausschuss gehören 22 pazifischen Inselstaaten (alle Mitglieder der SPC), sowie Hawai'i, Rapa Nui, die Norfolk Insel, Australien und Neuseeland. Das Sekretariat des Ausschusses hat die Abteilung „Human Development“ der SPC in Nouméa (Neukaledonien) inne. Inzwischen wurde die Rolle des Ausschusses auf die Vermittlung der Besonderheiten pazifischer Kultur und Identität erweitert. (*Islands Business*, S. 38, May 2010, <http://www.spc.int>)

† Jack A. Tobin

Am 18. Juni starb in Honolulu (Hawai'i) der Pearl Harbour-Veteran und Ethnologe Dr. Jack A. Tobin. Tobin (Jahrgang 1920) nahm als junger Soldat an der Schlacht um Pearl Harbour (07. Dezember 1941) als Mitglied der US-Armee teil. Nach dem Krieg studierte er Ethnologie an der Universität von Hawai'i und spezialisierte sich auf die Marshallinseln. Bereits Anfang der 1950er Jahre begleitete er seinen damaligen Professor Dr. Leonard Mason zu einer Feldforschung auf das Arno Atoll. Hier unternahm er eine Studie, wie Atollbewohner angesichts knapper Ressourcen und begrenztem Raum überleben können.

Später wurde er offizieller „Distrikt-Ethnologe“ auf den Marshallinseln. Nach Abschluss seiner Dissertation an der „University of California“ in Berkeley kehrte er erneut auf die Marshallinseln zurück, wo er von 1967 bis 1975 als „Community Development Officer“ arbeitete. Nach seiner Pensionierung lebte Tobin in Honolulu.

Am bekanntesten ist sein 2002 bei der University of Hawai'i Press erschienenes Werk „Stories from the Marshall Islands“. (*PIR* 25.06.10,

<http://hpcoll.blogspot.com/2010/06/dr-jack-tobin-1920-2010.html>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Proteste um Ramu-Mine ungebrochen

Nach dem aufsehenerregenden Gerichtsurteil von Mai 2010, nachdem die chinesische Firma „Metallurgical Construction Company“ (MCC) die Abräume aus der geplanten Ramu-Mine in Kurumbukari nicht unterseeisch in die Tiefsee entsorgen darf („deep sea tailings disposal“, DSTP), versucht die Regierung von Papua-Neuguinea alles, um das Urteil aufheben zu lassen. Bergbauminister John Pundari lud Ende August eigens alle Beteiligten zu einem einwöchigen Treffen nach Madang ein, um den besorgten Landeignern neueste wissenschaftliche Unbedenklichkeitsstudien vorzulegen.

Die Ablagerung der Abräume in der Tiefsee sei angesichts der modernen Technologien heute kein Risiko mehr. Vielmehr müsse man die Vorteile sehen, die der Minenbetrieb für die Menschen an der Rai-Küste und in der Umgebung der Provinzhauptstadt Madang habe. Ein ganzer Landstrich könne durch die chinesischen Investitionen aufgewertet werden, erklärte der Minister. Man dürfe auch nicht immer gegen die Chinesen mobil machen, denn sie seien schließlich die einzigen, die das hohe Investitionswagnis in der relativ unzugänglichen Region auf sich nehmen würden, sagte Pundari in Richtung der aufgebrachten Landeigner.

Bereits Anfang August hatte die Regierung in Staatsdiensten stehende Wissenschaftler in die betroffenen Dörfer entlang der Küste entsandt. Sie sollten die Bewohner über das Procedere beim DSTP aufklären und auf die Gefährlichkeit des Unterfangens hinweisen.

An den Workshops in den Dörfern nahmen zwar dörfliche Entscheidungsträger teil. Sie erklärten auch, dass sie nicht prinzipiell gegen Entwicklung und Fortschritt in ihrer Region seien, dass sie aber nach wie vor die Auswirkungen des DSTP auf ihre Lebensumwelt zu sehr fürchteten, um dem Projekt ihre uneingeschränkte Zustimmung zu geben.

Neben der Regierung hatten auch chinesische Unterfirmen des Bergbaumultis MCC versucht, das Gerichtsurteil widerrufen zu lassen. Doch die Richter des Gerichtes in Madang ließ der Einspruch kalt, sie wiesen auf die großen Gefahren der „Tiefsee-Müllhalde“ für die Unterwasser-Flora und Fauna hin. Mitte Juli wiesen die Richter den Einspruch dann ab mit dem Hinweis: „*The potential harm far outweighs the lifting of the injunction*“. (Zitat)

Angesichts des Urteils wird Ramu NiCo den für Oktober geplanten Testbetrieb der Anlagen wohl nicht aufnehmen können. Nach Angaben eines Ramu NiCo-Sprechers verliert der Konzern seit Bekanntwerden des Urteils vom 9. Mai täglich rund drei Millionen US Dollar.

Die Firma plant nun mit Unterstützung der Regierung einen weiteren Prozess gegen das Urteil und will dafür bis vor den Obersten Gerichtshof ziehen. (*Radio Australia 24.08.10, The National 13.07., 20.07., 31.08.10*)

Raffinerie fast fertig

Der Bau der Nickel- und Kobalt-Raffinerie in Basamuk an der Astrolabe Bucht (Madang Provinz) ist trotz anhaltender Proteste von Landeignern kurz vor der Fertigstellung. Das gab der Vizepräsident des chinesischen Firmenzusammenschlusses Ramu NiCo, Yang Yong, bekannt. Mit dem Bau der Raffinerie wurde vor zwei Jahren begonnen, bis Oktober sollen die letzten Arbeiten abgeschlossen sein. Die Raffinerie verfügt über die Anlagen zur Verklappung des Abraums in der Tiefsee, dieses darf aber nach einem Ge-

richtsurteil (siehe oben) bis auf weiteres nicht praktiziert werden. Yong gab sich gegenüber der Presse stolz auf die Raffinerie, die aus 1.400 verschiedenen Maschinen besteht.

Das Ramu-Nickel-Minenprojekt besteht aus drei Anlagen in verschiedenen Regionen: Direkt an der Küste liegt die Raffinerie, von hier aus führt eine 135 Kilometer lange Pipeline quer durch Dschungel und über Berge entlang der Rai-Küste bis ins Hinterland auf das Kurumbukari-Plateau in Usino-Bundi, wo sich die Tagebaumine befinden wird. Die Gesamtkosten für die drei Anlagen belaufen sich auf 1,4 Milliarden US Dollar.

(*The National 19.08.10, http://www.ramunico.com/index_en.php*)

40 Jahre Wantok

Die pidgin-sprachige Wochenzeitung „Wantok Niuspepa“ hat am 5. August ihr 40-jähriges Jubiläum gefeiert. An der Jubiläumsfeier in den Redaktionsräumen nahmen Mitarbeitende und Kollegen anderer Publikationen teil. Elizabeth Konga, die Geschäftsführerin des die Zeitung herausgebenden Verlages „Word Publishing Co.“, sprach von einer „Erfolgsgeschichte“.

Der „Wantok“ beschäftigt überdurchschnittlich viele Frauen in seiner Redaktion, darunter auch überregional bekannte Grafikerinnen und Malerinnen, die für die fast schon legendären Comics und Satirezeichnungen in den Ausgaben verantwortlich zeichnen. Ständiger Gastautor ist u.a. Powes Pakop, der Gouverneur des National Capital Districts. Geschäftsführerin des Wantok ist Anna Solomon.

Der von kirchlichen Einrichtungen gegründete und finanzierte Verlag „Word Publishing“ gibt diverse weitere Publikationen heraus, u.a. die „Times of PNG“, die Wochenzeitung „The Independent“ und den „Weekend Sport“. Der Verlag wird getragen von dem in Papua-Neuguinea ansässigen „Melanesi-

an Institute“, von der katholischen Medienorganisation CAMECO, dem katholischen Hilfswerk MISSIO, der evangelischen Werke Mission EineWelt (Bayern) und Nordelbisches Missionszentrum (Hamburg) sowie der österreichischen Dreikönigsaktion. Vertreter dieser Werke treffen sich einmal im Jahr mit den Verlagsverantwortlichen und Geschäftsführern der Medien zu Beratungen.

Der „Wantok“ hat eine Auflage von 15.000 Exemplaren, erreicht aber schätzungsweise die dreifache Menge an Lesern, da die Exemplare vor allem im ländlichen Raum von Hand zu Hand weitergegeben werden. Eine Internet-Version des Wantok gibt es bis dato nicht.

Die auflagenstärkste Tageszeitung in Papua-Neuguinea mit 30.400 Exemplaren ist zurzeit „The National“, der einer malaisischen Abholzungs-firma gehört. An zweiter Stelle folgt mit 21.000 Exemplaren der „The Post-Courier“, eine Zeitung im Besitz des amerikanischen Medientycoons Rupert Murdoch.

(*Wantok 17.- 23.06.10, <http://www.pressreference.com/NorSa/Papua-New-Guinea.html>*)

Fisch- Überwachungs- Programm geplant

Die Nationale Fischereibehörde (National Fisheries Authority, NFA) wird im Januar 2011 ein drei Millionen US Dollar teures Überwachungsprogramm für die Tunfischbestände in den Gewässern Neuguineas beginnen. Das auf drei Jahre angelegte Projekt soll die Tunfische mit Sensoren kennzeichnen, um Auskunft über ihre Wanderrouten zu bekommen. Man werde auch in den Häfen ankommende Fischer und ihren Fang kontrollieren, damit die von der NFA zugewiesenen Fangquoten eingehalten werden. Mit Hilfe von Satelliten wolle man die Gewässer auch nach illegalen Fischfangflotten durchsuchen, hieß es aus der Behörde.

In einem 2006 gestarteten Projekt des Sekretariats der „Pacific Community“ konnten bisher

250.000 Tunfische im westlichen und zentralen Pazifik markiert werden. (*Radio NZ International 16.06.10*, <http://www.spc.int/coastfish/countries/PNG/png.htm>)

BOUGAINVILLE

Senioren-Politiker gewinnen Wahlen

Drei Politiker, die bereits in den 1970er Jahren die politischen Geschicke der Insel Bougainville lenkten, sind bei den Wahlen im Mai erneut an die Macht gekommen. Das Rennen um die Präsidentschaft über die autonome Provinz Bougainville konnte John Momis für sich entscheiden, er bekam mit 43.047 Stimmen wesentlich mehr als der seit Januar 2009 amtierende Präsident James Tanis (17.205 Stimmen). Die von Momis gegründete Partei „New Bougainville Party“ wird auch einen Großteil der Parlamentarier in der territorialen Versammlung („Assembly“) stellen. Dazu gehören u.a. Leo Hannett und Dr. Alexius Sarei. Beide Männer dienten bereits in den 1970er Jahren als Premierminister in der Provinz Bougainville.

Momis sagte, sie drei „Alten“ könnten immer noch neue Ideen einbringen. Der bisherige Präsident und sein Team seien zwar jung, aber die politischen Ideen seien veraltet und hätten den Nerv der Zeit nicht mehr getroffen. Das Volk von Bougainville habe sich bewusst für ältere, erfahrene Politiker entschieden, von denen man sich Unterstützung im Kampf gegen Korruption und Missmanagement erhoffe.

John Momis war Anfang des Jahres eigens von seinem Posten als neuguineischer Botschafter in Peking (China) zurückgetreten, um sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen zu können.

Der 1970 ordinierte katholische Priester hatte sich bereits in jungen Jahren für die Politik und gegen das Priesteramt entschieden. Zeit seines Lebens hatte sich der 68-jährige - auch aus anderen Ämtern und Positionen heraus - für

seine Heimatinsel eingesetzt. Im Jahr 2001 war er einer der Autoren der neuen Verfassung für die autonome Provinz, nachdem er bereits zuvor eine tragende Rolle bei den Verhandlungen innehatte, die zu einem Friedensabkommen und letztendlich zur Autonomie der Insel östlich von Festland-PNG führten. (*Radio NZ International 09.06.10*, *Flash d'Océanie 09.06.10*, *Wikipedia*)

Atollbewohner beklagen Einkommensverluste

Die Bewohner der Atolle Nuguria, Mortlock, Carteret und Tasman beklagen hohe Einkommensverluste durch das kürzlich von der nationalen Fischereiaufsichtsbehörde in Papua-Neuguinea (National Fisheries Authority) ausgesprochene Verbot des Kaufs und Exports von Seegurken. Bislang haben die Atollbewohner die Seegurken geerntet und mit dem Verkauf z.B. die Schulgebühren für ihre Kinder bezahlt. Seit die Fischereibehörde die Seegurken unter Schutz gestellt hat, ist die legale Ernte nicht mehr möglich. Allan Loio, Direktor einer Schule auf Nuguria, erklärte gegenüber der Tageszeitung „Post-Courier“, dass immer weniger Schüler das Schulgeld in Höhe von 60 Kina pro Trimester aufbringen könnten. Man wolle sich an Präsident Momis wenden und anfragen, wie die Atollbewohner zukünftig ihren Lebensunterhalt verdienen können, erklärte Loio. Bargeld sei ja nicht nur für das Schulgeld nötig, sondern auch für andere Anschaffungen.

Der Verkauf der Seegurken war oft die einzige Einnahmequelle für die Bewohner der isolierten Atolle in der autonomen Provinz Bougainville.

Info: Die Seegurken (lat. *Holotheuridae*) sind eine Klasse im Stamm der Stachelhäuter. Mit etwa 1.200 Arten sind sie die formenreichste Gruppe der Stachelhäuter, zu der auch die Seesterne gehören. In der Tiefsee bestehen 90 Prozent der bodennahen Biomasse aus Seegurken. In Asien werden eingelegte Innereien von Seegurken als Delikatesse verspeist. In

Spanien gelten die inneren Muskelstränge der Königs-seegurke als Delikatesse und werden gekocht mit Nudeln gereicht. Die getrocknete und zwischendurch 2–3mal gedämpfte und schließlich mehrere Monate geräucherte Seewalze wird „Trepang“ (malaisisch für Seegurke) genannt. Bunte Seegurken werden gelegentlich zur Zierde in Meerwasseraquarien gehalten. (*Post-Courier 06.07.10*, <http://animals.nationalgeographic.com/invertebrates/sea-cucumber>, <http://www.meerwasserlexikon.de/kategorie/77.html/>)

AusAID unterstützt Bougainville

Die australische Entwicklungshilfeorganisation AusAID unterstützt die autonome Provinzregierung von Bougainville jährlich mit rund 50 Millionen Kina (ca. 14,3 Mio. €). Mit dem Geld werden vor allem regierungseigene Programme in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Recht und Infrastruktur unterstützt. Schwerpunkt der Förderung sind Friedensstabilisierende Maßnahmen sowie Projekte zum Aufbau eines demokratischen Staatswesens.

AusAID beschäftigt außerdem acht Berater auf der Insel, die eng mit dem Personal anderer Hilfsorganisationen zusammenarbeiten. (*Post-Courier 02.07.10*)

SALOMONEN

Neuer Premierminister

Danny Philip ist neuer Premierminister auf den Salomonen. Er gewann die Wahl mit 26:23 Stimmen gegen den einzigen Konkurrenten Steven Abana. Philip ist Parteiführer der „Solomon Islands Reformed Democratic Party“ und Abgeordneter für die Bezirke South New Georgia, Rendova und Tetepare in der Western Province. Er zog bereits 1984 als Abgeordneter für Vona Vona-Rendova-Tetepare in das Parlament ein und wurde seitdem viermal bei Wahlen als Parlamentarier bestätigt.

Die Parlamentswahlen auf den Salomonen fanden am 4. August statt. Auf Ersuchen der Regierung hin wurden sie von einem 20-köpfigen Wahlbeobachtungsteam kontrolliert. Die so genannte „Asia Pacific Democracy Partnership Mission“ bescheinigte der Wahlkommission einen fairen und freien Verlauf der Wahlen. Sie bemängelte einzig die unstrukturierten und teils chaotischen Wählerverzeichnisse.

Für die Wahlen hatten sich 509 Kandidaten aufstellen lassen, die um 50 Sitze im Einkammer-Parlament konkurrierten. Von den 25 Kandidatinnen wurde keine gewählt, so dass im neuen Parlament erneut keine Frau vertreten sein wird. Generalgouverneur Frank Kabui ernannte nach Absprache mit Premier Philip die 20 Minister für das Kabinett.

Der ehemalige Premierminister (2001bis 2006) Sir Allan Kemakeza wurde zum Parlamentspräsidenten gewählt. Der 60-jährige konnte sich mit 27 von 50 Stimmen gegen Billy Hilly und Fred Fono durchsetzen. Die Amtszeit der neuen Regierung beträgt vier Jahre. (CIA World Factbook, Solomon Times 25.08.10 Flash d'Océanie 08.09.10, <http://www.eastwestcenter.org/news-center/news-releases/solomon-islands-election-observers-issue-statement/>, <http://www.electionguide.org/>)

Mindestlohn auf dem Prüfstand

Das Ministerium für Handel, Industrie und Beschäftigung überprüft derzeit die Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes auf den Salomon-Inseln. Josiah Manehia, Beauftragter für Arbeit, erklärte, Mitarbeiter des Ministeriums seien in allen Provinzen des Landes unterwegs, um bei den Arbeitgebern die tatsächlich gezahlten Löhne in Erfahrung zu bringen.

Hintergrund der groß angelegten ministeriellen Untersuchung war die Beschwerde mehrerer Arbeiter über zu geringen Lohn. Der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn auf den Salomonen liegt für Arbeiter auf Plantagen, in der Landwirtschaft und im Fischerei-

sektor zurzeit bei 3,20 Solomon Dollars (ca. 0,30 Euro) pro Stunde. Angestellte im öffentlichen Dienst bekommen 4 SB \$. Nach Abschluss der Visitationsreise der Ministerialbeamten sollen die Ergebnisse mit Arbeitsminister Peter Shanel diskutiert werden. Ob die Löhne angehoben werden, sei nicht nur abhängig vom Willen des Arbeitsministeriums, erklärte Manehia. Auch andere Ministerien wie etwa das Gesundheitsministerium hätten hier ein Mitspracherecht. (Solomon Star 09.06.10)

Botschaftskanzlei in PNG eröffnet

Nach Jahren in provisorischen Unterkünften hat die Regierung der Salomonen die erste eigene Botschaftskanzlei in der Nilkare Street in Waigani, dem Regierungsviertel der neuguineischen Hauptstadt Port Moresby, eröffnet. Der salomonische Premierminister Dr. Derek Sikua und der neuguineische Premier Sir Michael Somare durchtrennten gemeinsam das rote Absperrband vor dem Eingang zum Botschaftsgebäude. Sikua zeigte sich erfreut über das neue, moderne Domizil. Bereits seit dem Jahr 2000 haben die Salomonen eine Botschaft in Papua-Neuguinea. Diese war zunächst im „Gateway Hotel“, später im „GB House“ in Waigani untergebracht.

Sikua erklärte, die Botschaftskanzlei solle zukünftig auch zum Ort der Begegnung zwischen Neuguineern und Einwohnern der Salomonen werden. Man werde neben den typischen Botschaftsgeschäften auch touristische Anfragen beantworten und den Neuguineern sowohl mit Material, als auch mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Sowohl Sikua als auch Somare äußerten sich zufrieden über die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden melanesischen Staaten. Neuguinea sei ein wichtiger Handels- und Wirtschaftspartner, erklärte Sikua. Somare betonte die „engen und warmen Beziehungen“ zum Nachbarstaat. (Post-Courier 24.05.10)

FIDSCHI

Keine demokratischen Wahlen in 2014?

Der fidschianische Interimspremierminister Commodore Voreqe Bainimarama hat am 13. Juli in einem Interview mit dem neuseeländischen Radiosender *Tarana* die bisher stets für 2014 angekündigten demokratischen Wahlen in Frage gestellt.

Er sagte dem Hindi-sprachigen Radiosender aus Auckland, er überlege ernsthaft, ob demokratische Wahlen bereits 2014 möglich seien. Bainimarama tätigte die Äußerungen im Zusammenhang mit heftiger Kritik gegen Australien und Neuseeland, denen er massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten Fidschis vorwarf. Er sagte, dass Fidschi, wenn es keine Hilfe von Australien und Neuseeland bekäme, 2014 möglicherweise nicht bereit sei für demokratische Wahlen. Die Regierung würde die Macht 2014 nicht an eine politische Partei abgeben, die nicht in der Lage sei, das Land zu regieren, wenn man wegen kontinuierlicher Einmischung nicht bereit sei für demokratische Wahlen. Stattdessen werde alle Nötigen tun, um den Weg der notwendigen Reformen fortzusetzen.

Dies bezieht sich vor allem auf die Umsetzung der *Peoples Charter of Change, Peace & Progress*, dem grundlegendem Reformdokument, welches den Weg für demokratische Wahlen in 2014 ermöglichen sollte. Kritiker werfen Bainimarama vor, die angebliche Einmischung Australiens und Neuseelands als Ausrede für die schleppende Umsetzung der Reformen zu nutzen.

Erstaunlich sind die Äußerungen Bainimaramas, der bisher stets die Einhaltung des Wahltermins beteuert hatte, auch deshalb, weil er in dem Interview von *Tarana* gar nicht zu den geplanten Wahlen in 2014 befragt worden war, sondern die Fragen sich explizit auf die *Melanesian Spearhead Group* (MSG) bezogen hatten.

Nationale und internationale Organisationen forderten die Inte-

rimierungsregierung auf, das Wahlversprechen für 2014 einzuhalten. Reverend Akuila Yabaki vom *Citizens' Constitutional Forum* (CCF) in Fidschi sagte, Fidschi dürfe sich nicht weiter in die Isolation vom Rest der Welt drängen lassen. Bainimarama habe dem fidschianischen Volk sowie regionalen und internationalen Verantwortlichen Wahlen in 2014 versprochen, dies müsse er nun auch einhalten.

Bainimarama zeigte sich unbeeindruckt und sagte, die Äußerungen würden ihn nicht beunruhigen, da der CCF und andere Nichtregierungsorganisationen von ausländischen Spendern finanziert würden, welche die Agenda der Organisationen diktierten. Er unterstrich, dass er demokratische Wahlen in 2014 wolle, allerdings nur, wenn alle Reformen bis dahin umgesetzt seien. Es werde keine Wahlen auf einem schwachen Fundament und unter einem undemokratischen Wahlsystem geben. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Oliver Hasenkamp. Quellen: *Fiji Times* 14.7.2010 / *Citizens' Constitutional Forum Media Release* 14.7.2010 / *Fiji Village* 15.7.2010)

Austr. Hochkommissarin wegen „Einmischung in interne Angelegenheiten“ und Absage von MSG-Meeting ausgewiesen

Fidschi hat am 13. Juli 2010 die australische Hochkommissarin Sarah Roberts zur „persona non grata“ erklärt und des Landes verwiesen. Die Interimsregierung begründete den Schritt mit „Einmischungen“ in die internen Angelegenheiten Fidschis.

Vorausgegangen war die Absage eines auf Fidschi geplanten Treffens der *Melanesian Spearhead Group* (MSG) durch Edward Natapei, den Premierminister Vanuatus und scheidenden Vorsitzenden der MSG, welcher neben Fidschi und Vanuatu die Solomon-Inseln, Papua-Neuguinea und das französische Territorium Kanaky/Neukaledonien (vertreten durch die FLNKS) angehören.

Natapei begründete den Schritt damit, dass es angesichts der politischen Situation Fidschis, die auch auf dem Treffen behandelt werden sollte, zum momentanen Zeitpunkt nicht angemessen sei, den Vorsitz der MSG an den fidschianischen Übergangspräsidenten Commodore Voreqe Bainimarama zu übergeben.

Die fidschianische Interimsregierung warf Natapei vor, in seiner Entscheidung von australischen Entwicklungszahlungen beeinflusst worden zu sein, die wenige Tage zuvor beschlossen worden waren, und beschuldigte Australien, die Verantwortung für die Absage des Treffens zu tragen. Bainimarama sagte, die MSG sei die einzige regionale Gruppe, welche Australien und Neuseeland nicht einschließe. Nach der Absage des Treffens bezweifelte Bainimarama, dass es in den nächsten Jahren überhaupt noch ein weiteres Treffen der Gruppe geben werde, die insbesondere seit dem Ausschluss Fidschis aus dem *Pacific Islands Forum* (PIF) im Jahre 2009 deutlich an Bedeutung für den Staat gewonnen hatte.

Der fidschianische Außenminister Inoke Kubuabola sagte, der Ausweisung von Roberts im Zusammenhang mit der australischen Intervention in die Angelegenheiten der MSG sei eine kontinuierliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Fidschis vorausgegangen, welche direkte Auswirkungen auf die fidschianische Wirtschaft und die guten Beziehungen der pazifischen Inselstaaten hätte.

Roberts sei mehrfach gewarnt worden, schließlich sei die Zeit der „stillen Diplomatie“ aber vorbei gewesen und der Schritt der Ausweisung nötig geworden. Bainimarama sprach von „unfreundlichen Aktionen“ Australiens gegenüber Fidschi.

Der australische Außenminister Stephen Smith bezeichnete die Ausweisung von Roberts als „ungerechtfertigt“ und „unrechtfertigbar“, kündigte aber an, nicht durch eine Ausweisung des fidschiani-

schen Hochkommissars in Australien reagieren zu wollen. Dies, so Smith, würde das Ende offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen Fidschi und Australien bedeuten, da Fidschi momentan mit nur einem Repräsentanten in Australien vertreten sei. Die Ausweisung wurde auch von der neuseeländischen Regierung scharf verurteilt.

Fidschi hatte bereits im November 2009 die damaligen australischen und neuseeländischen Hochkommissare des Landes verwiesen. Damals reagierten beide Staaten mit der umgehenden Ausweisung der obersten fidschianischen Vertreter in den beiden Staaten.

Roberts und ihre Familie wurden beim Verlassen der australischen Botschaft auf Fidschi symbolisch von diplomatischen Vertretern zahlreicher Staaten, darunter den Vereinigten Staaten von Amerika, Japans, Neuseelands, Großbritanniens sowie von Vertretern der EU und der UN eskortiert.

Fidschi kündigte an, das abgesagte MSG-Treffen durch ein „Engaging the Pacific“-Meeting zu ersetzen.

Info: Die „Melanesian Spearhead Group“ ist eine regionale Gruppe der melanesischen Staaten des Pacific Islands Forum (PIF). Neben Fidschi gehören ihr Papua-Neuguinea, Vanuatu, die Solomon Islands und Kanaky (Neukaledonien) (vertreten durch die Partei „Front de Liberation Nationale Kanak et Socialiste“) an. Nach Jahrzehntelanger inoffizieller Kooperation, unter anderem untermauert durch ein Wirtschaftsabkommen, war die Gruppe 2007 offiziell mit einem eigenen Sekretariat gegründet worden.

Die MSG war von anderen Mitgliedern des PIF, insbesondere polynesischer Staaten, stets kritisch und als eine potentielle Gefahr für die gesamtregionale Kooperation betrachtet worden.

Nach dem Ausschluss Fidschis aus dem Pacific Islands Forum 2009 wegen mangelnder demokratischer Reformen hatte Fidschi seinen Fokus in regionaler Zu-

sammenarbeit immer stärker auf die MSG verlagert.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Oliver Hasenkamp. Quellen: Fiji Times 13.07.2010, 14.07.2010 / FijiSun 15.07.2010, 16.07.2010 / The Australian 04.11.2010)

“Engaging the Pacific”- Meeting

Am 22. und 23. Juli hat im fidschianischen Natadola ein spontanes zweitägiges „Engaging the Pacific“-Treffen zahlreicher Regierungsvertreter der Region stattgefunden. Das Treffen war von Fidschi anstelle eines abgesagten Treffens der *Melanesian Spearhead Group* (MSG) geplant worden und war von der Presse zunächst als „Friends of Fiji“-Meeting betitelt worden, bevor es zunächst den Arbeitstitel „Engaging Fiji“ erhielt und später unter dem Titel „Engaging the Pacific“ stattfand.

An dem Treffen nahmen neben dem fidschianischen Übergangspräsidenten Voreqe Bainimarama die Regierungsoberhäupter Papua-Neuguineas, der Solomon-Islands, Kiribatis und Tuvalu teil, sowie Minister, Botschafter und weitere Regierungsvertreter aus Tonga, den Marshall-Islands, Nauru, Ost-Timor und den Federated States of Micronesia. Sogar Vanuatu, welches von Fidschi für die Absage des ursprünglich geplanten MSG-Meetings verantwortlich gemacht worden war, wurde durch den Außenminister des Staates bei dem Treffen in Fidschi vertreten.

Durch die kurzfristige Einladung zu dem Treffen trafen zahlreiche Zusagen erst wenige Tage vorher ein und wurden in den Medien von fidschianischen Regierungsvertretern ausgiebig gefeiert. Die Teilnehmerzahl war schon vor Beginn des Treffens von Fidschi als großer Erfolg gefeiert worden, der zeige, dass es ein großes Interesse in der Region gebe, mit Fidschi auch nach dessen Suspendierung aus dem *Pacific Islands Forum* (PIF) zusammenzuarbeiten.

Auf dem Treffen präsentierte die fidschianische Übergangsregierung ihre Reformpläne für demokratische Wahlen im Jahr 2014.

Australien, Neuseeland und Samoa verurteilten das Treffen als kontraproduktiv für die regionale Zusammenarbeit im Pazifik und werteten es als eine Gefahr der weiteren Spaltung der Staaten in ihrer Auffassung über die politische Situation in Fidschi. Sie forderten die Regierungen der Region auf, der Einladung nicht zu folgen.

Am Rande des „Engaging the Pacific“-Meetings wurden neben der fidschianischen Regierung auch Stimmen anderer Staaten laut, welche die Rolle Australiens und Neuseelands in der Region kritisierten. So sagte der Premierminister Kiribatis, Anote Tong, dass es das Gefühl gebe, dass es „mehr Pazifik im Pazifik“ geben müsse.

Während nur wenige Inhalte des Treffens bekannt wurden, wurde bekanntgegeben, dass das Treffen in Zukunft jährlich stattfinden soll. Vertreter des Pacific Islands Forum Secretariats sowie Australiens, Neuseelands und Samoas beteuerten, das Treffen werde keine Einflüsse auf die Zusammenarbeit im Pacific Islands Forum, welches Anfang August auf Vanuatu stattfand, nehmen. Die Teilnahme von Michael Somare, Derek Sikua und Apisai Ielemia, den Premierministern Papua-Neuguineas, der Solomon-Islands und Tuvalu, am „Engaging the Pacific“-Meeting ist allerdings bemerkenswert, da die Regierungsoberhäupter auf dem nur wenig später abgehaltenem Pacific Islands Forum wegen anstehender Wahlen fehlten. Es bleibt abzuwarten, inwieweit eine jährliche Abhaltung eines alternativen Treffens von Regierungsvertretern langfristig eine Gefahr für das Forum und andere etablierte Organisationen werden könnte.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Oliver Hasenkamp. Quellen: FijiTimes 23.07.2010, 04.02.2010 / Fiji Sun 22.07.2010, 23.07.2010, 24.07.2010)

Fiji Media Industry Development Decree

Am 25. Juni ist das „Fiji Media Industry Development Decree“ in Kraft getreten. Der Beschluss beinhaltet die Gründung einer „Media Industry Development Authority“ zur „Förderung der Entwicklung eines qualitativ-hochwertigen Medienangebots, welches den nationalen Interessen dient“ und eines Media Tribunals zur Unterstützung der Kontrollbehörde. Darüber hinaus legt das Gesetz neue Medienkodizes fest und beinhaltet Regelungen sowohl zu Inhalt und Veröffentlichung von Publikationen sowie zur Registrierung von Medienorganisationen, die international bereits vor Inkrafttreten heftig kritisiert worden sind.

Australien und Neuseeland kritisierten vor allem die Klausel, welche vorsieht, dass sich zukünftig mindestens 90% einer Mediengesellschaft in Besitz dauerhaft auf Fidschi ansässiger Staatsbürger befinden müssen und warfen der Regierung vor, die Regelung gezielt auf die englischsprachige „Fiji Times“ abgestimmt zu haben. Die Fiji Times, die älteste fidschianische Tageszeitung, befindet sich zurzeit mehrheitlich im Besitz von News Limited, einem australischen Ausleger des amerikanischen Medienkonzerns Rupert Murdoch News Corporation. Ein Verkauf der Zeitung an lokale Eigner innerhalb einer dreimonatigen Übergangsfrist ist die einzige Möglichkeit einer Schließung der Fiji Times vorzuzukommen. Fiji Times Limited sucht momentan nach potenziellen Käufern und hat Interessenten gebeten, bis zum 25. August Angebote für die Zeitung abzugeben, gleichzeitig aber auch bekanntzugeben, sich alle Möglichkeiten, inklusive Rechtsmitteln und der Schließung des Konzerns, vorzubehalten. Die dreimonatige Übergangsfrist endet am 25. September.

Ebenfalls kritisiert wurde die weite Definition einer Mediengesellschaft, welche jegliche Unternehmen, Organisationen oder Einzelpersonen einschließt, die für die Öffentlichkeit bestimmte Publikati-

onen veröffentlichen. Dies hat vor allem bei Nichtregierungsorganisationen für Verwirrung gesorgt, insbesondere da der Absatz zur Registrierung von Medienorganisationen unterschiedliche Regelungen für verschiedene Unternehmens- und Organisationsformen vorsieht, nicht jedoch für Nichtregierungsorganisationen. Das Gesetz ermöglicht es Organisationen aber, Ausnahmeregelungen zu beantragen, so dass Publikationen ohne die im Gesetz vorgesehenen Regelungen veröffentlicht werden können. Über diese Anträge ist zurzeit noch nicht entschieden. Die Ausnahmegenehmigung kann nur vom zuständigen Minister persönlich erteilt werden.

Das Mediengesetz stattet die Kontrollbehörde mit zahlreichen Rechten zur Kontrolle von Publikationen aus, die möglicherweise gegen die „nationalen Interessen“ Fidschis, das Interesse der Allgemeinheit gerichtet sind oder öffentliche Unruhe stiften könnten. So kann die Authority bei Bedarf Publikationssort, Veröffentlichungszeitpunkt sowie die Publikationsform festlegen und Erklärungen zu Publikationen und der Validität von verbreiteten Informationen verlangen. Zu diesem Zweck müssen künftig alle in Printmedien erscheinenden Texte und Zeitungsartikel, die eine Länge von 50 Wörtern überschreiten, mit sogenannten „Bylines“ versehen sein, die explizit den Autoren des Textes benennen. Von der Regierung verbreitete Publikationen sind von diesen und weiteren Regelungen ausgenommen.

Trotz der Annahme von Änderungsanträgen zur Strafhöhe durch die Regierung wurde das Dekret auch wegen der extremen Strafen, die es für vergleichsweise simple Verstöße vorsieht, kritisiert. Eines der ersten Opfer des Media Decrees war die News-Website „FijiLive“, die für mehrere Tage im Zusammenhang mit der Verbreitung von regierungsinternen Informationen gesperrt war, inzwischen jedoch wieder erreichbar ist.

Es steht zu befürchten, dass die seit der Übernahme der Regierung durch das Militär in Fidschi herr-

schenden Eingriffe in die Pressefreiheit mit dem neuen Gesetz auf eine neue Ebene gehoben werden. Dies wird durch die anhaltende Verlängerung der *Public Emergency Regulations* in den vergangenen Monaten noch verstärkt. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Oliver Hassenkamp. Quellen: Republic of Fiji Islands Government Gazette 25.6.2010: Media Industry Development Decree 2010 / Fiji Times 29.06.2010, 01.07.2010, 30.07.2010, 11.08.2010 / Radio Australia 02.08.2010 / Samoa Observer 29.06.10)

VANUATU

Westpapua auf UNO-Agenda

Premierminister Edward Natapei und Oppositionsführer Maxime Carlot Korman haben im Juni eine Eingabe bei den Vereinten Nationen gemacht, um die Rechtmäßigkeit der Annektierung Westpapas durch Indonesien auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) im September des Jahres setzen zu lassen. In ihrer Eingabe bitten sie die 65. Vollversammlung der UN um Unterstützung bei der Anrufung des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag. Dieser solle in einer „advisory opinion“ über die Legalität des Abkommens zwischen der Republik Indonesien und den Niederlanden von 1962 entscheiden („Agreement between the Republic of Indonesia and the Kingdom of the Netherlands concerning West New Guinea“). Unter anderem will Vanuatu den Internationalen Strafgerichtshof fragen, warum nur indonesische bzw. ausländische Minenbetreiber Bergbaukonzessionen für den Bau von Minen in Westpapua erhalten haben Außerdem soll nochmals der „Act of free choice“ auf seine Rechtmäßigkeit hin überprüft werden.

Der Anrufung der Vereinten Nationen vorausgegangen war der Antrag von Natapei und Korman an das vanuatische Parlament, seine Außenpolitik im Hinblick auf eine zukünftige Unabhängigkeit von Westpapua zu definieren. Als Folge verabschiedete das Parlament das sogenannte „Wantok blong

yumi“-Gesetz, das Vorschläge enthält, mit welchen konkreten Maßnahmen Vanuatu die indonesische Provinz Westpapua in ihrem Kampf um die politische Unabhängigkeit von Indonesien unterstützen kann. Vanuatu definiert sich in dem Gesetz als mit Westpapua eng befreundeter und solidarischer Staat.

Dem Gesetz vorausgegangen war eine siebenjährige Lobbyarbeit der Nichtregierungsorganisation „West Papua National Coalition for Liberation“ (WPNCCL) unter Leitung von Dr. John Ondawame, der das NGO-Büro in der Hauptstadt Port Vila betreibt. (Motion No. 2 der Republik Vanuatu an die UN, Juli 2010, Pressemitteilung WPNCCL 20.06.10, Vanuatu Daily Post online, Radio Australia 21.06.10)

30 Jahre Unabhängigkeit

Mit einem mehrtägigen Fest hat Vanuatu seiner vor 30 Jahren erlangten politischen Unabhängigkeit gedacht. Die Feierlichkeiten begannen mit einem Festumzug über den drei Kilometer langen „Lini Highway“ zum Parlamentsgebäude. Dabei orientierte sich die Marschroute an derjenigen von vor 30 Jahren. Nach dem Umzug wurde ein kostenloses Mittagessen an die rund 40.000 Teilnehmer ausgegeben. Am eigentlichen Unabhängigkeitstag, dem 30. Juli, fand die offizielle politische Jubiläumsfeier im „Park der Unabhängigkeit“ in Port Vila statt. Dazu waren Regierungsvertreter nahezu aller pazifischen Anrainerstaaten nach Vanuatu gereist. Sie nutzten die Feier, um auf ihre langjährige Verbundenheit mit dem Inselstaat hinzuweisen.

Die australische Generalgouverneurin Quentin Bryce übergab dem vanuatischen Premier Edward Natapei einen Ziegelstein als Symbol für den beginnenden –von Australien finanzierten– Neubau des Staatsarchivs. China kündigte an, eine Mehrfachhalle sowie den Umbau der rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Universität finanzieren zu wollen.

Finanzminister Sela Molisa stellte die eigens zur Unabhängigkeit gedruckte neue Banknote über 10.000 Vatu (75,- €) vor.

Parallel zu den Feierlichkeiten fand im „Espace Culturel Français“ eine Ausstellung mit dem Titel „30 Künstler, 30 Werke, 30 Tage“ statt.

Info: Die aus 83 Inselgruppen bestehende „Republik Vanuatu“ (früher: Neue Hebriden) wurde am 30. Juli 1980 unabhängig. Seit 1887 standen die Inseln unter britisch-französischer Kontrolle. 1906 einigten sich beide europäischen Staaten auf die Gründung eines gemeinsamen Kondominiums. 1981 trat Vanuatu den Vereinten Nationen bei.

Heute leben rund 243.000 Menschen in Vanuatu, 98% sind Melanesier. Von den rund 108 Sprachen ist das Bislama tägliche Umgangssprache, offizielle Amtssprachen sind Englisch und Französisch. (*Flash d'Océanie 02.08.10, http://www.vanuatu.net.vu/, CIA World Factbook online*)

Kosteneinsparung durch Reis-Anbau

Das Internat in Matevulu hat mit Hilfe des Landwirtschaftsministeriums einen Weg gefunden, die Kosten für den Betrieb der Schule zu minimieren. Mitarbeiter des Ministeriums hatten dem Lehrkörper gezeigt, wie die Schüler auf ihrem Schulgelände selber Reis anbauen können. Bisläng musste der Reis- das Hauptnahrungsmittel für das Mittagessen im Internat - teuer eingekauft werden. Pro Tag verbrauchte das College fünf Säcke Reis, dafür musste die Schule rund 60.000 US Dollar jährlich bezahlen.

Bei ihrer ersten Reisernte konnten die Schüler gleich 2,8 Tonnen Reiskörner in die Mühle nach Luganville bringen. Der Direktor des Internats zeigte sich begeistert von dem Ernteerfolg, betonte jedoch zugleich die schwere körperliche Arbeit beim Reisanbau. (*Vanuatu Daily Post 23.07.10*)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Harold Martin wiedergewählt

Harold Martin ist in seinem Amt als Präsident des neukaledonischen Parlaments- hier Kongress genannt- nach drei Wahlgängen mit 20:54 Stimmen bestätigt worden. Er hatte das Amt seit 2009 inne, nachdem er bereits 1997/1998 und von 2003 bis 2007 dem Parlament vorstand. Martin gewann die Wahl mit nur drei Stimmen Vorsprung vor seiner Herausforderin Caroline Machoro von der Nationalen Sozialistischen Befreiungsfront (FLNKS). Regierungspräsident („Head of Government“) Philippe Gomès, der Parteivorsitzende der regierenden Partei „Calédonie Ensemble“, war der Wahl aus Protest gegen Martin fern geblieben. Gomès wirft Martin vor, nicht zügig genug über von ihm vorgelegte politische Reformen zu entscheiden und damit die Regierung zur Handlungsunfähigkeit zu verdammen. 17 Parlamentarier gaben ebenfalls aus Protest gegen Martin bei der Wahl nur einen weißen Zettel ab.

Der 1954 in Nouméa geborene Martin, Nachfahre europäischer Einwanderer, ist Parteivorsitzender von ihm gegründeten „Avenir ensemble“, einer pro-französischen Partei, die die Unabhängigkeit von Frankreich zwar im Prinzip ablehnt, für Kompromisse aber offen ist.

Info: "Avenir Ensemble" entstand 2004 als Sammelbewegung derjenigen politischen Kräfte, die für den Verbleib bei Frankreich, aber gegen den als korrupt eingeschätzten damaligen Führer der gaullistischen Partei "Rassemblement Pour La Calédonie dans La République" (RPCR, später auch "Rassemblement-UMP" genannt), Jacques Lafleur, waren. Da ein Grossteil der pro-französischen Wähler diese Haltung teilte, gewann Avenir Ensemble 2004 die Wahlen und leitete seitdem die Landesregierung, zunächst unter Präsidentin Marie-Noëlle Theme-

reau, dann von August 2007 bis Juni 2009 unter Präsident Harold Martin. Vor den letzten Wahlen von 2009 spaltete sich allerdings eine Gruppe unter Führung von Philippe Gomès ihrerseits von "Avenir Ensemble" ab und bildete die Partei "Calédonie Ensemble", die wiederum knapp die Wahlen gewann, so dass Gomès Präsident wurde. (*Oceania Flash 13.07.10, http://www.gouv.nc/, Email von Lorenz Gonschor 07.09.10, Wikipedia Frz.*)

Städtepartnerschaft gegründet

Anfang Juli haben die Bürgermeister der Städte Pirae (Tahiti, Französisch-Polynesien) und Païta (Neukaledonien) eine Städtepartnerschaft ins Leben gerufen. Béatrice Vernaudo, die Bürgermeisterin aus Pirae, verspricht sich von der melanesisch-polynesischen Verbindung einen regen Austausch auf schulischer, kultureller, künstlerischer und wirtschaftlicher Ebene. Dabei käme es nicht auf die Größe der Städte – Païta ist in etwa 20mal so groß wie Pirae - an, sondern auf ähnliche Strukturen und Interessen der Bürger. Die Partnerschaft könne auch die pan-pazifische Identität als „Pazifikinsulaner“ stärken, erklärte Vernaudo.

An den dreitägigen Festivitäten zur Gründung der Partnerschaft in Païta konnte der dort seit 15 Jahren amtierende Bürgermeister Harold Martin nicht teilnehmen, da er zu politischen Gesprächen in Paris weilte. (*Tahitipresse 09.07.10*)

MIKRONESIEN

VAE schützen Dugongs

Palau: Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) werden Palau beim Schutz seiner Dugongs finanziell unterstützen. Die zugesagte Förderung ist das Ergebnis des Besuchs von Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nahayan und seiner En-

tourage im Februar des Jahres. Der Sheikh hatte erklärt, dass es im Persischen Golf noch eine der größten Populationen der bedrohten Seekühe gebe und man helfen wolle, die sehr kleine Population in den palauischen Gewässern zu schützen.

Das Jahr 2010 ist in Palau zum „Jahr der Dugongs“ ausgerufen worden. An der „Dugong Awareness Campaign“ zum Schutz der Meeressäuger beteiligen sich die Regierung, das Etpison Museum, Diaz Broadcasting, Palau Helicopters und diverse private Sponsoren. Zurzeit arbeitet der Meisterschnitzer Rico Soliman vom Etpison Museum an einer lebensgroßen Holzplastik einer Seekuh mit zwei Kälbern. Diese soll nach Fertigstellung in der Eingangshalle des neuen Regierungsgebäudes in der Hauptstadt Melekeok ausgestellt werden und nach zwei Jahren ihren endgültigen Platz im Museum finden.

Obwohl Dugongs in Palau unter Schutz stehen, ist die Wilderei ein großes Problem. Traditionelle Chiefs auf Palau wünschen sich zu besonderen Anlässen das Fleisch der Seekühe als Delikatesse auf der Festtafel. Viele Seekühe kommen auch um, weil sie sich in Fischernetzen verfangen und bei der (gleichfalls illegalen) Dynamitfischerei schwer verletzt werden.

Info: Der Dugong (lat. *Dugong dugon*) ist weltweit der einzige noch lebende Vertreter der Gabelschwanzseekühe. Er ist ein pflanzenfressendes Säugetier, das sich von Seegrass ernährt, und kommt nahezu ausschließlich in Salzwasser vor. Dugongs leben im Flachwasser in Küstennähe. Die größte Population mit rund 80.000 Tieren lebt in den Gewässern vor der Küste Australiens, die zweitgrößte Population mit rund 7.000 Tieren im Persischen Golf, hier u.a. vor der Küste von Abu Dhabi. In Palau leben derzeit etwa 30 Seekühe.

Dugongs gehören zu den bedrohten Tierarten, nicht nur wegen der Jagd auf sie, sondern auch wegen der zunehmenden Verschmutzung

der Meere, der Auswirkungen des Klimawandels und der Kollision mit Schiffen.

(*Palau Horizon* 21.06.10, <http://www.unep.org/dewa/Docs/DUGONG.pdf> f*Wikipedia*)

Soldat stirbt in Afghanistan

Guam: Der 23-jährige Joshua Akoni Sablan Lukeala aus Yigo starb im Juni durch die Detonation einer Bombe auf einer Patrouillenfahrt mit seiner Einheit in Afghanistan. Lukeala war nach Abschluss der Highschool 2005 in die amerikanische Armee eingetreten. Bei einem früheren Einsatz im Irak war er schwer verletzt worden und hatte für seinen Einsatz eine Tapferkeitsmedaille erhalten. Bereits Lukealas Vater und Onkel hatten sich in der US-Armee verpflichtet.

Guams Gouverneur Felix Camacho kondolierte Lukealas Familie persönlich. Der Soldat hinterlässt seine Frau Deniece und eine dreijährige Tochter. Als besondere Ehrerweisung rief Gouverneur Camacho einen Staatstrauertag aus und ließ alle Flaggen auf Halbmast setzen.

Sergeant Lukeala ist bereits der 35. Bewohner Mikronesiens, der seit 2003 im Dienst der US-Armee ums Leben kam. Die meisten Soldaten starben bei der „Operation Iraqi Freedom“ im Irak und bei der „Operation Enduring Freedom“ in Afghanistan. In diesen Ländern sind insgesamt 100.000 amerikanische Soldaten stationiert.

Mitte Juli fand auf dem „Guam International Airport“ im Beisein von Gouverneur Felix Camacho eine offizielle Trauerfeier statt für die in diesem Jahr gefallenen sieben Soldaten aus Mikronesien, darunter auch Soldatinnen von den Inseln Chuuk, Yap und Kosrae. Vor den Angehörigen wurden die Taten der Soldaten verlesen, großformatige Fotos mit erklärenden Bildunterschriften wurden in der Eingangshalle des Flughafengebäudes aufgehängt. Die Trauerfeier fand am Flughafen statt, weil die Särge der Verstorbenen von der US Army stets in das Heimat-

land des Getöteten ausgeflogen werden.

Info: Auf Guam, einem nichtinkorporierten Territorium der USA, leben knapp 160.000 Menschen. Die größte und südlichste Insel des Marianen-Archipels ist Sitz der „Anderson Air Force Base“, dem Luftwaffenstützpunkt der amerikanischen Luftwaffe. (*Pacific Daily News* 10.06.10, 21.06.10, *Marianas Variety* 20.07.10, *Wikipedia*)

Kein Platz für Tote

Ebeye: Der Insel Ebeye ist der Platz zur Beerdigung der Toten ausgegangen. Das erklärte Michael Kabua, Senator von Kwajalein und traditioneller Klanführer von Ebeye.

Ebeye ist die am stärksten bevölkerte Insel des Kwajalein-Atolls in den Marshallinseln. Auf einer Fläche von 31 Hektar leben 12.000 Menschen, das entspricht einer Einwohnerdichte von 37.500 Einwohnern pro Quadratkilometer. Rund 1.000 Bewohner von Ebeye nutzen die Insel nur als Schlafstätte und pendeln täglich zum rund drei Meilen entfernten Raketen-testgelände der Amerikaner auf Kwajalein.

Ein Teil der Bevölkerung sind Nachfahren der in Folge der amerikanischen Nukleartests im Jahre 1954 evakuierten Bewohner anderer Inseln der Marshallinseln. Durch die Explosion der 15-Megatonnen-Bombe "Bravo" im Bikini-Atoll am 1. März 1954 wurde das benachbarte Rongelap-Atoll durch radioaktiven Fallout völlig kontaminiert, sodass viele Bewohner schwer an Strahlenkrankheiten erkrankten und Neugeborene oft schwere Missbildungen aufwiesen. Die US-Behörden siedelten die Betroffenen schließlich nach Ebeye um.

Kabua beklagte nun die desaströse Friedhofssituation. Alle Friedhöfe seien voll. Man sei inzwischen dazu übergegangen, Gräber zu öffnen und Särge übereinander zu stapeln. Das sei eine unhaltbare Situation für die trauernden Ange-

hörigen. Kabua sagte, er habe sich schon mit den Behörden auf dem Raketentestgelände in Kwajalein in Verbindung gesetzt. Eine Option sei, Friedhöfe auf Kwajalein vorgelagerten Inseln einzurichten. Diese könnten jedoch zeitweise während der Raketen-tests nicht genutzt werden, da in Kalifornien abgeschossene Raketen dort landeten. Außerdem sei es eine Kostenfrage, die Leichen per Boot auf entferntere Inseln zu bringen.

Traditionell beerdigten die Menschen auf den Marshallinseln ihre Toten im Meer. Mit der Kolonialzeit änderte sich dies hin zu Erdbestatungen. (AFP 15.07.10, Marianas Variety 16.07.10, Marshall Islands Journal 16.07.10)

AIDS-Bericht vorgelegt

Marshallinseln: Vier Jahre nach der Erstellung hat das Gesundheitsministerium der Marshallinseln seinen Bericht über die Ausbreitung von AIDS unter Jugendlichen vorgelegt. Für den Bericht hatte das Ministerium 400 junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren befragt. 70% der befragten Jugendlichen praktizieren Geschlechtsverkehr, doch nur jeder dritte Befragte benutzt dabei ein Kondom. In den Gesprächen erklärten die Jugendlichen, der Zugang zu Kondomen sei schwierig und „peinlich“. Außerdem beklagten die Jugendlichen die mangelhafte Aufklärung über AIDS und weitere sexuell übertragbare Krankheiten. Auch gebe es auf den Marshallinseln keine Möglichkeit, sich anonym auf sexuell übertragbare Krankheiten testen zu lassen. Wer an sich Krankheitssymptome feststelle, habe zu große Angst, zum Arzt zu gehen.

Die Studie des Gesundheitsministeriums ergab auch, dass nur 5 % aller Befragten den Fragebogen darüber, wie AIDS übertragen wird, korrekt ausfüllen konnten. Das Ministerium will nun überlegen, wie Jugendliche besser über die Gefahren von sexuell übertragbaren Krankheiten informiert werden können. Außerdem sollen Möglichkeiten geschaffen werden,

sich anonym und im Vertrauen an medizinisches Personal wenden zu können. (Marshall Islands Journal 16.07.10)

Empörung über Krebsrevision

Marshallinseln/USA: Die kürzlich veröffentlichte Studie des US-amerikanischen „Nationalen Krebsinstituts“ (NCI) über den Zusammenhang zwischen den 67 Atomwaffentests der USA auf den Atollen Bikini und Enewetak und der Krebsrate in den Marshallinseln entrüstete offizielle Stellen in den Marshallinseln. Der neue Bericht erzeugte Verwirrung, wurde doch vor sechs Jahren vom selben Institut ein Bericht herausgegeben, der zu einem stark abweichenden Ergebnis führte. Im Bericht von 2004 kam das Institut zu dem Ergebnis, dass 530 Krebsfälle in den Marshallinseln durch die Atomwaffentests hervorgerufen wurden. Die neue Studie spricht jedoch nur noch von 170 Fällen, die in Relation zu den Tests stehen sollen. Als Erklärung gab das Institut an, dass der Bericht von 2004 sehr schnell gemacht worden sei und zudem simple Analysen genutzt habe. *„Diese Analyse basierte auf einer Anzahl von konservativen Annahmen, die eine Unterschätzung des aktuellen Krebsrisikos vermeiden sollten, und nutzte zudem Informationen, die schnell gesammelt werden konnten, um rechtzeitig fertig zu werden.“*

Die Empörung über solch gravierende Unterschiede in den Ergebnissen der Studie wurde von verschiedenen Seiten geäußert. Neben dem Außenminister der Marshallinseln meldete sich auch Kwajaleins Senator Tony deBrum zu Wort: *„Wir sollten unsere Ressourcen darauf verwenden, das Problem zu lösen, anstatt die Parameter zu definieren.“*

Bikinis Verbindungsmann Jack Niedenthal unterstrich, dass beide Studien auf das Problem der radioaktiven Verstrahlung in den Marshallinseln hinweisen: *„Am Ende ist Krebs Krebs, egal welche Anzahl. Das Problem ist noch im-*

mer da und es muss nach wie vor damit umgegangen werden.“

Er verlangt, dass nun eine internationale unabhängige Studie die Situation klären solle: *„Die Daten werden unterschiedlich interpretiert, was die Thematik angeht. Das, was die Leute als ‚Fakten‘ ansehen, wird wiederum zunehmend unübersichtlich für die Menschen in den Marshallinseln.“* Tatsache ist jedoch, dass auf der Basis der neuen Studie etwa 70% weniger Marshalliesen Ansprüche auf Entschädigungsleistungen haben. Ob es zu einer neuen Studie kommt, bleibt abzuwarten. (Text von Katja Göbel; Quellen: Marshall Islands Journal 16.07.10 und 23.07.10)

Ungerechte Behandlung von Atomtestopfern

Marshallinseln: Für viel Wirbel bei US-amerikanischen Offiziellen sorgte eine Veröffentlichung des ehemaligen amerikanischen Regierungsbeamten Robert Alvarez. Der Wissenschaftler, der heute für das „Institute for Policy Studies“ in Washington D.C. arbeitet, kritisierte die US-Regierung für ihr Verhalten gegenüber den Bewohnern der Marshallinseln. Entgegen der Äußerungen der US-Energiebehörde (Department of Energie, DOE) hält er eine Wiederbesiedlung des Rongelap-Atolls für gesundheitsgefährdend. Das Atoll wurde während der gewaltigen Explosion der „Bravo-Bombe“ am 1. März 1954 vom nuklearen Fallout hochgradig verseucht. Wie sich in den 1980er Jahren herausstellte, wurde die Verstrahlung der Bewohner des Atolls und benachbarter Inseln billigend in Kauf genommen, da somit die Wirkung radioaktiver Strahlung auf Mensch und Natur beobachtet werden konnte. Nun verlangt die US-Regierung, Rongelap 2011 wieder zu besiedeln. Nach Entseuchungsaktivitäten würden die Strahlenwerte der US-Norm von unter 15 Millirem liegen und mit einer Misch-Ernährung von einheimischen und importierten Waren könne dort bedenkenlos gelebt werden, so das DOE.

Alvarez kritisierte des Weiteren die

ungleiche Behandlung von Personen, die durch den Einsatz und die Herstellung von Atomwaffen erkrankten. In den letzten 20 Jahren habe der US-Kongress Gesetze eingeführt, die die Anwohner des Testgeländes in Nevada, Uranbergarbeiter, Atomwaffenarbeiter und militärisches Personal für ihre durch die Strahlung entstandenen Krankheiten entschädigen. Die Entschädigungsleistungen seien in den letzten Jahren erheblich gestiegen und die medizinische Versorgung der Opfer sei sehr gut. Ganz anders sehe dies wiederum bei den Menschen der Marshallinseln aus, die durch den radioaktiven Fallout der atmosphärischen Tests erkrankten, so Alvarez weiter. Es stehe zu wenig Geld für die Leistungen der Marshallinseln zur Verfügung und auch die medizinische Versorgung sei unzureichend. Beide Gruppen würden auf der Basis unterschiedlicher Gesetze behandelt.

Die US-amerikanische Botschaft in den Marshallinseln teilte dem „Marshall Islands Journal“ daraufhin mit, dass Alvarez' Äußerungen irreführend seien, so könnten die beiden Entschädigungspläne nicht miteinander verglichen werden. Zudem seien die von ihm verwendeten Daten, die zu seinen Behauptungen führten, veraltet. Immer wieder unterstreicht die US-amerikanische Regierung, dass viel Energie in die Verbesserung der Gesundheit der Marshallinseln sowie in die Entseuchung der betroffenen Inseln investiert werde. Die Mitarbeitenden der US-Energiebehörde würden jeden Tag daran arbeiten, die Leben der von den Tests betroffenen Menschen zu verbessern und das Land für eine Wiederbesiedlung zu sichern, so ein Mitarbeiter der Botschaft. Fakt ist jedoch, dass eine Wiederbesiedlung von Rongelap Probleme mit sich bringen wird, wurde doch beispielsweise nicht das gesamte Atoll Entseuchungsmaßnahmen unterzogen, sondern lediglich Teile der Insel Rongelap. Der Bau von Häusern wurde jedoch sowohl auf der Insel Rongelap als auch auf der Insel Jabwan vorgenommen. Da davon auszugehen ist, dass die Menschen, die

nach Rongelap zurückkehren sollen, sich auch von Nahrungsmitteln, die beispielsweise auf den südlichen Inseln des Rongelap-Atolls wachsen, ernähren, werden aller Voraussicht nach hohe Strahlenbelastungen auf die Menschen zukommen. Es scheint, dass die USA bei ihrem Engagement vergessen, dass sie die Gesundheit und den Lebensraum der Menschen der Marshallinseln zerstörten und diese nun ein Recht auf eine ordentliche Entschädigung haben. Alvarez drückt dies folgendermaßen aus: *„Die Menschen der Marshallinseln haben ihre Heimat und Gesundheit für die nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten geopfert. Die Obama-Regierung und der US-Kongress sollten die Ungerechtigkeiten umgehend korrigieren.“* (Text von Katja Göbel; Quellen: Marshall Islands Journal 21.05., 11.06., 30.06. und 09.07.; The Huffington Post 23.05.2010)

Seltene Koralle entdeckt

Marshallinseln: Eine australische Wissenschaftlerin hat auf dem Arno Atoll (Marshallinseln) eine Koralle entdeckt, die der vom Aussterben bedrohten „Elchhorn-Koralle“ zum Verwechseln ähnlich sieht. Die Elchhorn-Koralle (lat. *Acropora palmata*) wurde bisher nur im Atlantischen Ozean entdeckt. Eine Gen-Analyse ergab, dass es sich bei der im Pazifik gefundenen Koralle nicht um die gleiche Art handelt.

Die Entdeckerin der Koralle, Dr. Zoe Richards vom „Centre of Excellence for Coral Reef Studies“ an der James Cook Universität von Townsville (Queensland, Australien) sagte, sie sei beim Anblick der Korallen sprachlos gewesen. Die große Korallenkolonie am Arno Atoll sei fünf Meter lang und circa zwei Meter hoch, wobei die Korallen zum Licht hin in Form von Elchgeweihen gewachsen sind (daher der Name). Noch ist unklar, ob es sich bei der gefundenen Koralle wirklich um eine bislang unentdeckte Art handelt. Richards fand nämlich heraus, dass ein gewisser Gardiner bereits 1898 eine Koralle vor der Küste von Rotuma

(Fidschi) gefunden, gezeichnet und beschrieben hat, die der pazifischen Elchhorn-Koralle ähnelt. Leider habe man von dieser 1898 gefundenen Koralle kein genetisches Material, um dieses mit der jetzt entdeckten Koralle abzugleichen, bedauerte Richards. Sie vermutet, dass es sich bei der fidschianischen Koralle, den Elchhorn-Korallen im Atlantischen Ozean und der jetzt von ihr entdeckten Koralle um Varianten ein und derselben Korallenart handelt.

Die pazifische Elchhorn-Koralle wurde von der „International Union for Conservation of Nature“ (IUCN) als „data deficient“ eingestuft. Dies bedeutet, dass zu wenige Informationen über die Existenz der Koralle vorliegen, um sie als bedrohte, stark gefährdete oder vom Aussterben gefährdete Art einzustufen.

(http://www.innovations-report.de/html/berichte/biowissenschaften_-chemie/super_rare_039_elkhorn_039_coral_fo_und_pacific_159012.html)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

König in Futuna gewählt

Futuna: Der 71-jährige Polikalepo Kolivai ist neuer König des Königreiches Sigave auf der Insel Wallis. Er wurde vom Ältestenrat der Insel berufen, trotz der Kritik anderer traditioneller Klanführer. Kolivai trägt nun den Titel „Tuisigave“, d.h. König des Königreiches Sigave. Das Königsamt war in den letzten elf Monaten nicht besetzt, nachdem der bisherige König im August 2009 wegen diverser Amtsvergehen und Korruption geschasst worden war.

Obwohl die Inselgruppen Wallis und Futuna nordöstlich von Fidschi ein französisches Überseegebiet sind, akzeptiert der französische Staat die drei Königreiche Wallis (auf der Insel Wallis), Alo

und Sigave (auf Futuna) mit ihren jeweiligen Königen und garantiert ihnen einen gewissen politischen Einfluss auf lokaler Ebene.

Wenige Tage vor der Krönung des neuen Königs hatte Frankreich einen neuen Administrator (Frz.: Préfet) für das französische Überseegebiet bestimmt: Michel Jeanjean löst Philippe Paolantoni ab, der diese Amt seit September 2008 innehatte.

Jeanjean (Jahrgang 1951) ist studierter Jurist mit langjähriger diplomatischer Erfahrung im Ausland. 1996 war er z.B. Generalsekretär für Französisch-Polynesien im Überseeministerium.

(Radio NZ International 05.07.10, Oceania Flash 05.07.10, <http://www.outremer.gouv.fr/?michel-jeanjean.html>, <http://wallisfutuna.rfo.fr/>)

Abkommen zur Zollbefreiung

Samoa: Samoa und China haben im Mai ein Abkommen über die Zollbefreiung für 472 samoanische Produkte geschlossen. Das Abkommen „Exchange Letter on giving zero-tariff treatment to 60% of Samoan products exported to China“ wurde von dem samoanischen Premierminister Tuilaepa Sa'ilele Malielegaoi und dem chinesischen Botschafter in Samoa, Ma Chongren, in der samoanischen Hauptstadt Apia unterzeichnet. Ab sofort können die benannten Produkte und Produktgruppen, darunter vor allem in Flaschen gefülltes Mineralwasser, zollfrei nach China eingeführt werden.

Das Abkommen ist ein erster Schritt auf dem Weg zur Zollbefreiung von nahezu 95% aller aus Samoa nach China exportierten Waren.

China und Samoa unterhalten seit 35 Jahren diplomatische Beziehungen. Dabei fließt auch viel chinesisches Geld in den Inselstaat. Anfang des Jahres unterzeichnete Chongren ein Abkommen in Höhe von 15 Millionen Tala (ca. 4,5 Mio. Euro) zur Unterstützung von Entwicklungshilfeprojekten in Samoa. (Samoa Observer 23.05.10)

Kündigungswelle bei StarKist Samoa

US-Samoa: Zum 28. August entlässt die Firma „StarKist Co.“ 300 Arbeiter. Weiteren 300 Arbeitern soll in den folgenden Monaten gekündigt werden. Bereits im Mai hatte die in Pittsburgh (USA) ansässige Geschäftsleitung die Kündigungswelle angekündigt. Eine der beiden von StarKist betriebenen Fischkonservenfabriken soll nach der Entlassung der Arbeiter ganz geschlossen werden.

StarKist Samoa betreibt seit über 60 Jahren zwei Thunfisch-Konservenfabriken in Amerikanisch-Samoa. Noch vor zwei Jahren beschäftigte die Firma 3.000 Arbeiter nur allein an ihrem Standort Pago-Pago. Nach der Kündigungswelle werden noch 1.200 Menschen in dann nur einer Konservenfabrik tätig sein.

StarKist begründete die Entlassung der Arbeiter mit dem hohen gesetzlich festgelegten Mindestlohn für die Angestellten. Dieser entspricht den amerikanischen Vorgaben, da US-Samoa ein Außengebiet der Vereinigten Staaten ist. Das amerikanische Gesetz über die Höhe des Mindestlohnes gilt seit 2007 auch in den amerikanischen Außengebieten im Pazifik und führte bei StarKist zu einer Erhöhung der Personalausgaben um 30%. Die Löhne bei StarKist seien jetzt um ein zehnfaches höher als die Löhne von Fabrikarbeitern in Thailand und anderen Billiglohnländern, erklärte ein Sprecher von StarKist.

Da die meisten der nun gekündigten Arbeiter aus dem unabhängigen Nachbarstaat Samoa (früher: West-Samoa) wohl keine andere Arbeitsstelle finden werden, werden sie notgedrungen nach Samoa zurückkehren müssen, hieß es seitens einheimischer Medien.

Der US-samoanische Abgeordnete im amerikanischen Kongress, Faleomavaega Eni Hunkin, hatte noch versucht, die Kündigungswelle abzubiegen. Er hatte eine Einmalzahlung von 18 Millionen US \$ zur Unterstützung der beiden

Konservenfabriken von StarKist Samoa vorgeschlagen, der US-Senat war dieser Eingabe jedoch nicht gefolgt.

Der Gouverneur von Amerikanisch-Samoa, Togiola Tulafono, kritisierte die Entscheidung des Konzerns zur Kündigung von 600 Arbeitern und zur Schließung einer der Fabriken. Man habe im vergangenen Jahr eigens die Steuern gesenkt in der Hoffnung, dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Noch vor einigen Jahren trug StarKist Samoa zu 80% zu den Wirtschaftseinnahmen des Staates bei. (PINA 18.06.10, Radio NZ Intern. 30.06.10, Samoa Observer 04.07.10)

Neue Hochkommissarin

Cookinseln: Der neuseeländische Außenminister Murray McCully hat Anfang Juni Linda Te Puni zur neuen Hochkommissarin für die Cookinseln ernannt. Sie hatte dieses Amt nach dem plötzlichen Tod des Hochkommissars Tia Barrett im November 2009 bereits kommissarisch inne.

Te Puni war zuletzt Vizedirektorin der Abteilung „Pazifik“ im neuseeländischen Wirtschafts- und Außenministerium. Sie verfügt über langjährige diplomatische Erfahrungen im pazifischen Raum, da sie bereits in Samoa, den Salomonen und auf Fidschi stationiert war.

Info: Die Cookinseln sind ein unabhängiger Staat in „freier Assoziation mit Neuseeland“. Dieser Status wurde von den Cookinseln in einem Akt der Selbstbestimmung gewählt, der von den Vereinten Nationen überwacht und gebilligt wurde. Die Cookinseln regieren sich selbst. Ihre Rechtsordnung ist getrennt und unabhängig von der Neuseelands. Die gesetzgebende und ausführende Gewalt unterliegt keinen Beschränkungen durch Neuseeland. Eine eigene Staatsangehörigkeit der Cookinseln besteht allerdings nicht; die Einwohner des Landes sind Bürger Neuseelands. Seit 1971 sind die Cookinseln Mitglied des

„Pacific Islands Forum“. Im „Commonwealth of Nations“ sind sie assoziiertes Mitglied; sie sind aber nicht Mitglied der Vereinten Nationen.

Die Premierminister beider Staaten, John Key (NZ) und Jim Marurai, haben unterdessen angekündigt, einen interministeriellen Ausschuss ins Leben rufen zu wollen. Die Mitglieder dieses Ausschusses sollen Ende des Jahres erstmals zusammenkommen und über zukünftige Formen der Zusammenarbeit beraten. Neuseeland hat die Cookinseln erst kürzlich nach den verheerenden Auswirkungen des Zyklons Pat auf die Touristeninsel Aitutaki finanziell und logistisch unterstützt. (*Flash d'Océanie* 03.06.10, <http://www.voxy.co.nz/politics/mccully-names-new-high-commissioner-cook-islands/5/50887>)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Präsident Tong Sang von Quasi-Koalitionspartner zum Rücktritt aufgefordert

Frz.-Polynesien: Die anhaltende politische Instabilität Französisch-Polynesiens verschärft sich weiter, und Präsident Tong Sangs Minderheitsregierung seiner Partei „To Tatou Aia“ (Unser Land) wird immer mehr handlungsunfähig.

Die seit November letzten Jahres amtierende Koalitionsregierung unter Präsident Gaston Tong Sang war im April praktisch zerbrochen, aber es hatte bislang kein Misstrauensvotum gegen Tong Sang gegeben, da sein bisheriger Koalitionspartner, Gaston Flosses Partei „Tahoeraa Huiraatira“ (Vereinigung des Volkes), sich nicht mit der vom Präsidenten der Landesversammlung, Oscar Temaru, geführten Opposition auf ein gemeinsames Programm einigen konnte. Ebenso haben sich die Minister aus Flosses Partei bislang geweigert, von ihren Posten zurückzutreten, obwohl die Parteiführung behauptet, in der Opposition zu sein.

Während einer Haushaltsdebatte Anfang August forderten Abgeordnete der Tahoeraa Tong Sang zum Rücktritt auf, da er inkompetent sei, das Land zu führen.

Der Hintergrund dieser verwirrenden Haltung der Tahoeraa, gleichzeitig Koalitionspartner und Opposition zu spielen, scheint in den Eigenheiten des politischen Systems Frz.-Polynesiens zu liegen. Solange Tong Sang nicht zurücktritt, könnte er nur durch ein konstruktives Misstrauensvotum mit einer absoluten Mehrheit in der Versammlung durch einen Alternativkandidaten ersetzt werden. Ein Rücktritt Tong Sangs dagegen würde eine Neuwahl des Präsidenten in mehreren Wahlgängen provozieren, wobei Flosse unter Umständen Chancen hätte, in einer späteren Runde, bei dem eine relative Mehrheit genügt, durch geschicktes Taktieren die Präsidentschaft zu gewinnen.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Hawaii. Quelle: Tahitipresse; Tahiti-Pacifique)

Enttäuschung über zweitklassigen Status im Forum

Frz.-Polynesien: Während der diesjährigen Tagung des „Pacific Island Forum“ in Port Vila (Vanuatu) Anfang August forderte der Vize-Präsident Französisch-Polynesiens Edouard Fritch, dass sein Land endlich als Vollmitglied in das Forum aufgenommen werden soll. Nachdem die französische Regierung dem Überseegebiet 2004 begrenzte eigene außenpolitische Befugnisse eingeräumt hatte, war Französisch-Polynesien im gleichen Jahr Beobachter und 2006 assoziiertes Mitglied des Forums geworden.

Fritch, der im Auftrag des profranzösischen Präsidenten Gaston Tong Sang nach Port Vila gereist war, meinte, es sei ungerecht, dass sein Land damit nur einen zweitklassigen Status in der regionalen Organisation habe und damit bei den jährlichen Treffen von wichtigen politischen und wirtschaftlichen Gesprächen ausge-

schlossen bleibe.

Die Anfrage wurde von den Forummitgliedern mehrheitlich abgelehnt, da nur vollständig unabhängige oder komplett intern selbständige Staaten (wie die Cookinseln oder Niue) Vollmitglieder werden könnten, Französisch-Polynesien aber nur ein teilautonomes Gebiet unter französischer Souveränität sei.

Der die Unabhängigkeit des Landes anstrebende Präsident der Landesversammlung, Oscar Temaru, der ebenfalls zu dem Treffen angereist war, warf Fritch und Tong Sang Heuchelei vor, da sie zu Hause die Unabhängigkeit ihres Landes von Frankreich ablehnen, aber gleichzeitig auf internationalen Treffen so tun, als ob Französisch-Polynesien ein unabhängiger Staat sei. Anstatt solche absurde Politik zu verfolgen, müsse man sich entscheiden, ob man als unabhängiger Staat Vollmitglied oder als abhängiges Gebiet assoziiertes Mitglied sein wolle, beides gleichzeitig gehe nicht. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Hawaii. Quelle: Tahitipresse; Tahiti-Pacifique)

Biodiversitäts-Zentrum eingeweiht

Frz.-Polynesien: Anfang September wurde in Arue (östlich der Hauptstadt Papeete auf Tahiti) das „Centre polynésien de recherche et de valorisation de la biodiversité insulaire“ (CPRBI, Zentrum zur Erforschung und Aufwertung der insularen Biodiversität) eingeweiht. Der neue Campus in Arue vereint die drei führenden Forschungseinrichtungen von Französisch-Polynesien auf seinem Gelände: die Universität, das Institut Louis Malardé und das „Institut de Recherche pour le Développement“. Mit dem Zusammenschluss der drei Organisationen erhofft man sich einen Mehrwert bei Forschung und Lehre. Rund 30 Wissenschaftler (Chemiker, Molekularbiologen, Mikrobiologen und Labortechniker) arbeiten nun auf dem Campus. Zu Beginn wollen sich die Forscher auf zwei große

Themen konzentrieren: 1) die terrestrische und marine Biodiversität von Französisch-Polynesien sowie 2) die Beobachtung der Umwelt (Projekt GOPS, dt. „Grand observatoire de l'environnement“).

(Tahitipresse 26.08.10,
<http://www.ird.fr/toute-l-actualite/actualites/inauguration-du-cprbi>)

Sonnenfinsternis führt zu neuen Besucher-Rekorden

Rapa Nui: Am 11. Juli erlebte Rapa Nui zum ersten Mal seit über 1000 Jahren eine totale Sonnenfinsternis. Das Ereignis lockte tausende von Besuchern an, was dazu führte, dass alle Unterkünfte bereits ein Jahr zuvor ausgebucht waren. Der Besucheransturm wurde von vielen Einheimischen mit Sorge betrachtet, denn Rapa Nui hat mit 64.495 Besuchern im Jahre 2008 und nur etwa 4.900 Einwohnern bereits seit Jahren die höchsten Besucherzahlen pro Kopf im gesamten Pazifik, mehr als doppelt so viel wie Hawai'i. Obwohl die Tourismusbranche anders als in anderen Massentourismuszielen größtenteils in einheimischer Hand ist, befürchten viele Insulaner langfristig negative Folgen der immer größer werdenden Besucherströme auf Ressourcen, Umwelt und Kultur ihres Landes. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: The Santiago Times <http://www.santiagoitimes.cl>; Te Rapa Nui <http://rapanui.co.cl>; Tahitipresse)

Landbesitzer besetzen Regierungsgebäude - Gouverneur tritt zurück

Rapa Nui: Aktivisten der für die Unabhängigkeit der Insel Eintretenden Organisation „Rapanui Parlament“ unter Leitung von Leviante Araki, Ines Teave, Mario Tuki und Raúl Teao sowie zahlreiche Mitglieder landbesitzender Familien haben Ende Juli die Grundstücke aller öffentlichen Gebäude in der Inselhauptstadt und einzigen Siedlung Hanga Roa besetzt.

Bereits seit Ende März hatten Aktivisten des Parlaments sowie lo-

kale Vertreter rechtsgerichteter chilenischer Parteien den Platz vor dem Sitz des Gouverneurs besetzt gehalten, um gegen die Ernennung des unpopulären ehemaligen Bürgermeisters Petero Edmunds zum Gouverneur zu protestieren. Die Ernennung des dem Mitte-Links-Bündnis Concertación angehörenden Edmunds durch den rechtskonservativen neuen chilenischen Präsidenten Sebastián Piñera hatte auf der Insel unter Anhängern von Piñera zu Irritationen und unter Gegnern Edmunds' zu Empörung geführt.

Als Gerüchte über mögliche Land Spekulationen unter Beteiligung des Gouverneurs bekannt wurden, formierte sich eine breite Front von Familien, denen das Land in der Hauptstadt traditionell gehört, um für die Rückgabe allen von der Regierung für öffentliche Zwecke beanspruchten Landes zu demonstrieren.

In den 1960er Jahren hatte die chilenische Regierung zahlreiche Landparzellen in Hanga Roa für den Bau von Regierungsbüros enteignet, sie hat aber bis heute den Landbesitzern die versprochene Entschädigung nicht gezahlt. Unter den besetzten Grundstücken befinden sich das Gemeindeamt, das Gericht, die Staatsbank, das Gymnasium und das Museum.

Besonders umstritten unter den besetzten Immobilien ist das Hotel Hanga Roa, da es damals auf beschlagnahmtem Land als Regierungshotel gebaut, aber dann in den 1970er Jahren an eine private chilenische Firma verkauft wurde, obwohl auf der Insel privater Landbesitz gesetzlich nur Einheimischen gestattet ist.

Des Weiteren beschwerten sich die Protestierenden darüber, dass die aufgrund einer Volksabstimmung im November 2009 im chilenischen Kongress eingebrachte Gesetzesvorlage zur Beschränkung der Einwanderung von Chilenen auf die Insel bislang immer noch nicht beschlossen wurde, was das Vertrauen der Insulaner

in den chilenischen Staat weiter untergrub. In einem offenen Brief an das Sekretariat des Pacific Islands Forum und Präsident Piñera forderte Araki, der Präsident des „Parlaments“, die Insel von Chile abzuspalten und statt dessen politisch Ozeanien anzugliedern, wozu die Insel unzweifelhaft sprachlich und kulturell gehört.

In einer Reaktion auf die Proteste reiste Raúl Celis, der Intendant der Region Valparaíso, zu der die Insel administrativ gehört, nach Rapa Nui, um mit den Aktivisten zu verhandeln, doch die Gespräche brachten kein Ergebnis. Am 10. August reichte schließlich Gouverneur Edmunds seinen Rücktritt ein. Sein kommissarischer Nachfolger wurde Jorge Miranda, ein chilenischer Staatsanwalt. Als Vertreter der Aktivisten forderte Raúl Teao dagegen, dass Intendant Celis ebenfalls zurücktreten solle, da er für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich sei.

Als die Proteste unvermindert anhielten, schickte der chilenische Innenminister Rodrigo Hinzpeter eine Einheit paramilitärischer Polizeitruppen auf die Insel, was die Spannungen weiter verschärfte. Nach langem Warten entfernten diese schließlich gewaltsam die Besetzer des Gouverneursgebäudes, sie wurden aber bislang nicht verhaftet oder angeklagt, und die Besetzer der anderen Grundstücke blieben unangetastet.

Ende August ernannte die chilenische Regierung eine Kommission zur Lösung der Konflikte, die paritätisch mit Regierungsvertretern und Mitgliedern der von der Inselbevölkerung gewählten Inselentwicklungskommission zusammengesetzt ist, um die kontroversen Fragen des politischen Status der Insel, der Landrückgabe und der Einwanderung zu diskutieren. Ein Ende der Landbesetzungen ist bislang nicht abzusehen.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: The Santiago Times <http://www.santiagoitimes.cl>; El Mercurio, <http://www.elmercurio.cl>; Te Rapa Nui <http://rapanui.co.cl>)

HAWAI'I

Nur noch eine Tageszeitung in Honolulu

Seit Anfang Juni gibt es in Honolulu nur noch eine Tageszeitung. Im Mai hatte das kanadische Medienunternehmen Black Press, das die Zeitung „*Honolulu Star-Bulletin*“ publiziert, der amerikanischen Firma Gannet Corporation den seit Jahren in finanziellen Schwierigkeiten steckenden *Honolulu Advertiser* abgekauft. Innerhalb eines Monats wurden die beiden Zeitungen aufgelöst und unter dem Namen *Honolulu Star-Advertiser* fusioniert.

Damit endet die 154-jährige Geschichte des *Honolulu Advertiser*, der 1856 unter dem Namen *Pacific Commercial Advertiser* als eine der ersten englischsprachigen Zeitungen im Königreich Hawai'i gegründet wurde. Die Geschichte des Blattes ist allerdings nicht sehr rühmlich, denn 1887 wurde die Zeitung von dem amerikanischstämmigen Lorrin Thurston aufgekauft und diente als Propagandaorgan einer von Thurston geleiteten Gruppe rassistischer weißer Geschäftsleute, deren Ziel es war, das hawaiische Königreich zu unterminieren und das Land von den USA besetzen zu lassen, was ihnen schließlich am Ende des 19. Jahrhunderts auch gelang. Die 1921 in *Honolulu Advertiser* umbenannte Zeitung blieb jahrzehntelang im Besitz der Familie Thurston, bis sie Lorrin Thurstons Enkel 1992 an Gannet verkaufte.

Der *Star-Bulletin* hat eine ähnlich anrüchige Vergangenheit, denn er wurde 1912 als Fusion des *Daily Bulletin* und des *Hawaiian Star*, zweier ebenfalls der von Thurston geführten Oligarchie nahestehender Blätter, gegründet und von Thurstons Mitverschwörer Wallace Farrington herausgegeben. Beide Zeitungen waren das gesamte 20. Jahrhundert hindurch Verfechter des pro-amerikanischen Establishments, und kritische Stimmen suchte man in ihren Editorials vergeblich.

Bis heute gibt es keine auflagenstarke alternative Zeitung, abgesehen von der Wochenzeitung „*Honolulu Weekly*“, die dem Establishment etwas kritischer gegenübersteht. Es bleibt zu hoffen, dass sich durch die Vereinigung der beiden Tageszeitungen in naher Zukunft eine Marktlücke bildet, die von einer kritischeren Zeitung ausgefüllt werden könnte.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Honolulu Star-Bulletin; Honolulu Advertiser, Honolulu Star-Advertiser)

Gesetz für eingetragene Lebenspartnerschaften mit Veto belegt

Die Gouverneurin des US-Bundesstaats Hawai'i, Linda Lingle (Republikanische Partei), hat Anfang Juni entgegen den meisten Erwartungen das im April vom Parlament des Bundesstaates beschlossene Gesetz zur Schaffung eingetragener Lebenspartnerschaften für Homosexuelle mit einem Veto belegt. Zur Begründung meinte Lingle, die Gesetzesvorlage sei zu umstritten, um sie von einer ausgewählten Gruppe Politiker in Kraft setzen zu lassen. Stattdessen sollten die Wähler in einem Volksentscheid direkt darüber entscheiden. Das Bundesstaatsparlament kann theoretisch das Veto der Gouverneurin mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmen, was aber unwahrscheinlich ist, da eine nicht unwesentliche Minderheit der Abgeordneten den Gesetzesvorschlag ebenso ablehnt.

Da Lingles Mandat dieses Jahr endet, bleibt es abzuwarten, wie ihr Nachfolger sich zu dem Thema entscheiden wird. Unter den drei aussichtsreichsten Kandidaten ist der derzeitige Vizegouverneur Duke Aiona (Republikanische Partei) strikt gegen den Entwurf, ebenso wie der Demokrat und bisherige Bürgermeister von Honolulu, Mufi Hannemann, während Hannemanns Konkurrent für die Nominierung der Demokratischen Partei, Neil Abercrombie, dafür eintritt. *(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Honolulu Star-Advertiser)*

Gerichtsklage gegen Obama wegen anhaltender Besetzung Hawai'is

Der hawaiische Politikwissenschaftler Keanu Sai hat Anfang Juni im US-Distriktsgericht von Washington eine Klage gegen US-Präsident Barack Obama sowie Außenministerin Hillary Clinton, Verteidigungsminister Michael Gates, den Kommandanten der US-Pazifikarmee, Robert Willard, und Gouverneurin Linda Lingle wegen der anhaltenden völkerrechtswidrigen Besetzung Hawai'is eingereicht.

Sai, der 2008 mit einer Arbeit über den völkerrechtlichen Status Hawai'is promoviert hatte, erläuterte in einer Presseerklärung, dass US-Präsident Cleveland 1893 mit Hawai'is Königin Lili'uokalani ein völkerrechtlich bindendes Abkommen geschlossen habe, in dem sich die USA verpflichteten, die zuvor durch eine illegale, vom US-Botschafter eigenmächtig in Gang gesetzte, Militärintervention gestürzte Königin wieder in ihr Amt einzusetzen. Die USA hätten aber das Abkommen verletzt, indem sie zunächst nichts taten, um die durch die Invasion etablierte US-Marionettenregierung zu entfernen, und dann vier Jahre später die Inselgruppe einseitig für annektiert erklärten und als lokale Marionetten zunächst eine Territorial-, dann seit 1959 eine Bundesstaatsregierung schufen. Nach dem Völkerrecht wäre es dagegen korrekt gewesen, Hawai'i provisorisch von einer Militärregierung unter Anwendung hawaiischen Rechts zu verwalten, und dann so schnell wie möglich eine legitime hawaiische Regierung wiederherzustellen. Als Rechtsnachfolger Clevelands und seines Kabinetts seien Obama und seine Minister für die anhaltende Verletzung des Abkommens verantwortlich.

Die Klage basiert auf einer persönlichen Schadenersatzforderung Sais, denn dieser war im Jahre 2000 in einem deutlichen Fall von politisch motivierter Rechtsbeugung von einem amerikanischen Gericht zu einer Bewährungsstrafe

verurteilt worden, weil er damals die Usurpierung von Landbesitztiteln durch die US-Marionettenregierungen seit 1893 recherchiert und öffentlich angeprangert hatte, was ihm die mächtige Immobilienbranche Hawaiis zum Feind gemacht hatte. Ziel der Klage ist es, das Gericht dazu zu bringen, aufgrund der genannten historischen Tatsachen die Anwendung amerikanischen Rechts in Hawai'i für ungültig zu erklären, sowie dann den US-Bundesstaat aufzulösen und durch eine dem Völkerrecht konforme zeitweilige US-Militärregierung zu ersetzen.

Entgegen der Erwartungen vieler Kritiker wurde die Klage nicht von vornherein abgewiesen, sondern formell angenommen, und die US-Staatsanwaltschaft kündigte an, in Bälde eine Verteidigungsschrift gegen Sais Klage zu verfassen. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittelglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Presseerklärung von Dr. Sai; eigene Recherchen)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Operation „Tropic Twilight“

Die neuseeländische Armee hat 350 Soldaten zu einer Übung in den kleinen Inselstaat Tuvalu abkommandiert. Gemeinsam mit den Streitkräften der französischen Armee aus Neukaledonien übten die Soldaten unter realistischen Bedingungen einen humanitären Einsatz nach der Zerstörung Tuvalus durch einen Zyklon, der Trinkwasserleitungen kappt, das medizinische Versorgungssystem zusammenbrechen lässt und zu einer Verknappung der Nahrungsmittel führt.

Um das Szenario möglichst realistisch durchzuspielen, nahmen auch Katastrophenhelfer und Ärzte an der Übung teil. Die Helfer übten die Bergung von Verletzten aus zerstörten Häusern. Außerdem wurde die Gelegenheit genutzt, auffällige öffentliche Gebäude wie Schulen zu sanieren. Die Ärzte und das medizinische Personal bauten einen mobilen Operationsaal auf und führten zahlreiche Eingriffe durch.

Die Operation „Tropic Twilight“ dauerte 14 Tage. Sie lief im Rahmen eines bereits 1992 geschlossenen Kooperationsabkommens zwischen der in den französischen Überseegebieten stationierten französischen Armee sowie den Streitkräften aus Neuseeland und Australien. Das FRANZ-genannte Abkommen (nach den Anfangsbuchstaben der teilnehmenden Staaten) sichert gegenseitige Hilfe und (auch finanzielle) Unterstützung im Falle von Naturkatastrophen und soll die Koordinierung der Hilfsmaßnahmen erleichtern.

Die Übung „Tropic Twilight“ läuft seit Jahren unter diesem Namen. Es geht dabei rein um die medizinische Erstversorgung nach Naturkatastrophen sowie um den Wiederaufbau zerstörter Gebäude. Sie findet jedes Jahr auf einer anderen pazifischen Insel statt. (Flash d'Océanie 05.07.10, Pacific Scoop 05.07.10, http://www.nzpaimages.co.nz/events.php?event_id=10408)

Botschaft in Abu Dhabi

Im Januar eröffnet Neuseeland seine Botschaft in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate. Das gab der neuseeländische Außenminister Murray McCully Mitte Juli nach einem Treffen mit Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nahayan in Abu Dhabi bekannt. Seit einiger Zeit hätten sich die Beziehungen zwischen Neuseeland und den Vereinigten Arabischen Emiraten intensiviert, erklärte McCully. Mit einer Botschaft könne man einen Schritt vorwärts tun auf dem Weg hin zu mehr Präsenz im Mittleren Osten. Bisher unterhält Neuseeland in dieser Region nur eine Botschaft in Saudi-Arabien.

Die Region am Persischen Golf, der so genannte „Gulf Cooperation Council“ (GCC), sei schon heute sechststärkster Handelspartner von Neuseeland. Die Exporte Neuseelands in die GCC-Region seien im Zeitraum 2000 bis 2009 um 122% gestiegen, sagte McCully. Auch gebe es einen regen Austausch auf personeller Ebene im Servicebereich sowie auf universi-

tärer Ebene. Derzeit seien 7.000 Studierende aus den Golfstaaten an Neuseelands Universitäten eingeschrieben. (Pressemitteilung NZ Government 19.07.10)

Chinesisch an Schulen

Die chinesische Regierung fördert die Einführung von Mandarin als zweiter Fremdsprache an neuseeländischen Schulen. Zunächst soll es an 26 Schulen in Auckland Chinesischunterricht als Pflichtfach geben, später soll das Angebot ausgeweitet werden. Dabei soll es nicht nur Sprachunterricht für die neuseeländischen Schüler geben, sondern es sollen auch die Geschichte und Kultur Chinas vorgestellt werden. Das hat Außenminister John Key bei seinem kürzlich erfolgten Besuch in China ausgehandelt. Key war mit einer Wirtschaftsdelegation in das Reich der Mitte gereist, um über neue potentielle Partnerschaftsabkommen zwischen beiden Staaten zu verhandeln. Bereits seit zwei Jahren gibt es ein bilaterales Abkommen.

Mit dem Chinesischunterricht soll dem demographischen Wandel in Neuseeland Rechnung getragen werden. Bisher leben rund 400.000 Menschen aus China und angrenzenden asiatischen Ländern auf den Inseln, die asiatischstämmige Bevölkerung wächst jährlich um 3,4 %. Dagegen wächst die Bevölkerung der Ureinwohner Neuseelands, der Maori, jährlich nur um 1,3 %. Zurzeit leben rund 810.000 Maori in Neuseeland bei einer Gesamtbevölkerung von 4,25 Millionen.

Bereits seit einigen Jahren wird Chinesisch an ausgewählten neuseeländischen Schulen („Asia Aware Schools“) unterrichtet. Bisher hat sich die chinesische Regierung jedoch weder um die Lehrpläne noch um die Finanzierung von Lehrern und Materialien gekümmert. Das soll nun anders werden, wie John Key verabredete. (Flash d'Océanie 21.07.10, http://asia-knowl-edge.tki.org.nz/chinese_language_in_nz_schools)

**INDONESIEN
WESTPAPUA
TIMOR-LESTE**

**Papua Volksrat gibt
Sonderautonomiegesetz an
Regierung zurück**

Papua: Der Papua Volksrat MRP (Majelis Rakyat Papua) hat das Sonderautonomiegesetz für Papua als gescheitert erklärt und an die indonesische Regierung zurückgegeben. Zweitausend Menschen sollen gemeinsam mit Vertretern des MRP am Freitag, den 18. Juni 2010, zum Provinzparlament Papuas in Jayapura marschiert sein, um das Gesetz symbolisch an die indonesische Regierung zurückzugeben. Dabei wurde ein Forderungskatalog an die indonesische Regierung übergeben, der unter anderem ein Referendum über den politischen Status West Papuas beinhaltet.

Die Rückgabe des Sonderautonomiegesetzes ist das Resultat einer zweitägigen Vollversammlung des Papua Volksrates MRP mit Vertretern verschiedenster Gruppierungen aus Religion, Tradition und Wissenschaft sowie mit Frauen- und Jugendvertretern am 9. und 10. Juni 2010 in Jayapura. Das Resultat dieser Versammlung war eindeutig: Die Sonderautonomie für Papua ist gescheitert.

In einer offiziellen Erklärung an die indonesische Regierung stellen die Vertreter der Versammlung deshalb fest, dass

1. das Sonderautonomiegesetz 21/ 2001 an die indonesische Regierung zurückgegeben wird;
2. die Bevölkerung Papuas einen Dialog unter internationaler neutraler Mediation fordert;
3. die Bevölkerung Papuas ein Referendum über den politischen Status Papuas fordert;
4. die Bevölkerung Papuas die indonesische Regierung auffordert, die Souveränität Papuas, die am 1.

Dezember 1962 ausgerufen wurde, anzuerkennen und zurückzugeben;

5. die Bevölkerung Papuas die internationale Gemeinschaft dazu aufruft, ein Embargo gegenüber Hilfsleistungen für die Sonderautonomie Papuas zu verhängen;
6. keine Revision des Sonderautonomiegesetzes 21/ 2001 notwendig ist, da deren Scheitern bereits bewiesen ist;
7. die Geldzuflüsse für die anstehenden Lokalwahlen (Gouverneur, Landrat, Bürgermeister, Provinzparlament) in den Provinzen Papua und West Papua gestoppt werden müssen;
8. die indonesische Regierung das Transmigrationsprogramm sofort beenden und Migrationsströme nach Papua strikt kontrollieren muss;
9. die indonesische Regierung aufgefordert ist, alle politischen Gefangenen Papuas in ganz Indonesien freizulassen;
10. die indonesische Regierung die Militarisierung Papuas umgehend zu beenden hat;
11. die Versammlung des MRP und die Vertreter der indigenen Bevölkerung eine umgehende Schließung Freeports fordern.

Die Erklärung zeigt eine Einigkeit verschiedenster Gruppen Papuas. Zu ihren Unterzeichnern gehören u.a. der Theologe Dr. Benny Giay (Kingmi Kirche), der Generalsekretär der Evangelischen Kirche im Lande Papua GKI-TP (*Gereja Kristin Injili di Tanah Papua*) Hiskia Rollo, der Vorsitzende des traditionellen Papuarates DAP (*Dewan Adat Papua*) Forkorus Yaboisembut, Don Agustinus L. Flassy vom Papua Präsidium PDP (*Presidium Dewan Papua*), der Muslimführer H.Z. Sabuku sowie Repräsentanten von Frauen-, Studenten- und traditionellen Gruppen. Auch Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung wie die *West Papua National Authority* (WPNA) und das Natio-

nalkomitee West Papua KNPB (*Komitee Nasional Papua Barat*) haben die Erklärung unterzeichnet.

Rund 2.000 Menschen marschierten am 18. Juni 2010 etwa 20 Kilometer vom Gebäude des Volksrates zum Provinzparlament Papua in Jayapura, um ihre traditionellen Vertreter bei der Übergabe der Erklärung zu begleiten. Repräsentanten des Provinzparlamentes stellten sich der Masse und nahmen die Erklärung entgegen. Dabei zeigten die Abgeordneten viel Verständnis für die Forderungen der Demonstranten. „Die Forderungen nach einem Referendum sind Teil des akkumulierten Versagens der Staatspolitik in der Entwicklung Papuas“, sagte Ruben Magay, Abgeordneter der demokratischen Regierungspartei *Partai Demokrat*. Die Menschen sprechen heute noch von Unabhängigkeit, der OPM, Separatisten, einem Referendum und anderen Dingen, weil der Staat versagt hat“. Und: „Ein Referendum ist eine Lösung, um die Zukunft Papuas zu bestimmen“. Auch der Parlamentsabgeordnete Tony Infandi betonte, dass ein Referendum in einer internationalen Welt angemessen sei, vor allem für Indonesien, das sich für Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit entschieden habe. Die Abgeordneten versprachen, nach einer Plenarsitzung die Forderungen an die Zentralregierung zu überbringen.

Der Volksrat der Papua und die Vertretung der indigenen Papua-Gruppen haben dem Provinzparlament ein Ultimatum bis zum 8. Juli 2010 gestellt. Sollte bis dahin keine Vollversammlung des Provinzparlamentes stattgefunden haben, werde man das Parlamentsgebäude besetzen. Auch in anderen Städten Papuas sind Demonstrationen zu den Lokalparlamenten geplant, um die Entscheidung und Forderungen der Vollversammlung des Papua-Volksrates den jeweiligen Parlamenten zu überbringen. (Artikel von Kristina Neubauer, Westpapua-Netzwerk, 22.06.10. Quellen: Keputusan Majelis Rakyat Papua Nomor 02/ MRP/ 2010; Musyawarah Majelis Rakyat Papua dan Masyarakat Asli

Papua, Jayapura 9-10 Juni 2010: Rekomendasi; Majelis Rakyat Papua Nomor 188.4/208/MRP/2010; The Jakarta Globe 18.06.10; The Jakarta Post 19.06.10; Cenderawasih Pos 19.06.10)

Gewaltloser Gefangener aus Haft entlassen

Papua: Am 6. Juli wurde der gewaltlose politische Gefangene Yusak Pakage aus dem Gefängnis Doyo Baru entlassen.

Der Student Yusak Pakage und sein Freund Filep Karma hatten im Dezember 2004 an einer friedlichen Zeremonie in Abepura in der indonesischen Provinz West-Papua teilgenommen und erhielten im Mai 2005 wegen „Landesverrats“ und „staatsfeindlichen Verhaltens“ Haftstrafen von zehn bzw. 15 Jahren. Insgesamt hatten hundert Menschen an der Zeremonie teilgenommen, um des Tags der Unabhängigkeitserklärung Papuas von 1962 zu gedenken. Dabei wurde die Morgens-tern-Flagge gehisst, ein Symbol der Unabhängigkeit Papuas. Polizisten feuerten Warnschüsse ab und gingen mit Schlagstöcken auf die Demonstranten los.

Die Polizei löste die Versammlung auf und nahm Filep Karma fest. Berichten zufolge wurde er auf dem Weg zur Polizeistation misshandelt. Yusak Pakage nahm man später zusammen mit einer Gruppe von 20 weiteren Personen fest, die vor der Polizeistation gegen die Festnahme von Filep Karma protestierten. Während der Rest der Gruppe später wieder freigelassen wurde, blieb Pakage weiter in Haft. Am 10. Mai 2005 demonstrierten zahlreiche Menschen vor dem Gerichtsgebäude gegen die Festnahme der Männer. Die Polizei setzte exzessiv Gewalt gegen die Demonstranten ein. Zwar suspendierte man einen leitenden Polizeibeamten aufgrund des Zwischenfalls vom Dienst, ein Strafverfahren wurde aber nicht gegen ihn eingeleitet.

Im Juni war Pakage durch den indonesischen Staatspräsidenten Yudhoyono nach Absitzen der Hälfte seiner Haftzeit auf öffentli-

chen Druck hin begnadigt worden. Für seine Freilassung hatte sich vor allem der indonesische Zweig der internationalen Menschenrechtsorganisation Amnesty International eingesetzt. Auch die deutsche Ortsgruppe von Schwelm bei Wuppertal hatte Unterschriften für die Begnadigung der Gefangenen gesammelt. Der ehemalige Beamte Filep Karma sitzt zurzeit weiter im Gefängnis, die Unterschriftenaktion der Schwelmer Amnesty-Gruppe wurde deshalb verlängert.

Amnesty betonte, dass Pakage der erste gewaltlose Gefangene aus Westpapua sei, der „nur“ begnadigt und nicht regulär freigesprochen wurde. Pakage bedankte sich telefonisch bei seinen deutschen Unterstützern und bat gleichzeitig um weitere Hilfe durch Amnesty International. Ihm ginge es gesundheitlich sehr schlecht und er fürchte nun um sein Leben, erklärte Pakage. *(Pressemitteilung www.amnesty-schwelm.de, West-Papua-Netzwerk Newsletter 14.07.10)*

Schweres Erdbeben auf Yapen

Papua: Mitte Juni hat ein Erdbeben der Stärke 7,1 auf der Insel Yapen – eine Insel östlich der Vogelkopfhalsinsel von Westpapua - 22 Menschen getötet. 150 Menschen wurden schwer verletzt. Alle neun Dörfer auf Yapen waren von dem Beben betroffen. Rund 2.700 Häuser wurden zerstört und machten damit etwa 4.600 Menschen obdachlos.

Die indonesische Regierung reagierte zügig auf die Naturkatastrophe und entsandte neben medizinischem Personal Hilfsgüter und Notunterkünfte. Auch das Rote Kreuz Indonesien war schnell zur Stelle und kümmerte sich um die Versorgung der Verletzten und Obdachlosen. Dem Roten Kreuz gelang auch die Instandsetzung von Sanitäranlagen. Mit Hilfe von Generatoren konnte die Stromversorgung sichergestellt werden. Da die Insel nur mit

Kleinflugzeugen angefliegen werden kann, brachte Jakarta Schiffe mit Baumaterialien zum Wiederaufbau der zerstörten Gebäude auf den Weg. *(Radio NZ International 21.06, 25.06.10)*

Neuer australischer Botschafter

Indonesien: Der australische Außenminister Stephen Smith hat Mitte Juli Greg Moriarty zum neuen australischen Botschafter für Indonesien berufen. Er wird Nachfolger von Bill Farmer, der dieses Amt fünf Jahre lang innehatte.

Moriarty war bereits Botschafter im Iran. Zuletzt war er im australischen Außenministerium in Canberra tätig. Der Diplomat hat bereits Pazifik erfahrung. So war er als Mediator bei den Friedensverhandlungen zwischen der Regierung von Papua-Neuguinea und der "Bougainville Revolutionary Army" (BRA) nach dem Ende der Bougainville-Krise 1997 tätig. Er war dafür eigens zu den Friedensverhandlungen nach Bougainville geflogen.

Moriarty hat einen "Bachelor of Arts" von der Universität in Western Australia sowie einen Master in Verteidigungspolitik von der Australian National University. Er spricht fließend Tok Pisin und Bahasa Indonesia. Greg Moriarty ist verheiratet und hat zwei Kinder. *(http://www.foreignminister.gov.au/releases/2010/fa-s100711.html, Flash d'Océanie 12.07.10, The Australian 12.07.10)*

Polizistinnen verstärken UNMIT

Timor-Leste: Drei samoanische Polizistinnen sind Ende Juli als Verstärkung der "United Nations Integrated Mission in Timor-Leste" nach Dili (Osttimor) entsandt worden. Es handelt sich um die ersten Frauen in hohen militärischen Positionen, die Samoa zur UN-Friedenstruppe nach Timor-Leste schickt. Oberste Befehlshaberin der kleinen Einheit ist die 47-jährige Kukuana Toa

Fiu, die seit 20 Jahren in Diensten der samoanischen Polizei steht. Sie und die beiden jüngeren Frauen Va'alele Tofa und Deborah Pata-loane sollen in Dili die UNMIT verstärken, die seit 2006 das noch junge unabhängige Land beim Aufbau von Regierungs- und Verwaltungsstrukturen unterstützt.

(*Samoa Observer* 20.07.10,
<http://unmit.unmissions.org/>)

AUSTRALIEN

Erste Frau zur Premierministerin gewählt

Die bisherige Vize-Premierministerin und Bildungsministerin Julia Gillard ist am 24. Juni nach einer parteiinternen Revolte gegen den amtierenden Premierminister als erste Frau in das Amt des Premierministers gewählt worden. Sie folgte Kevin Rudd, der nach diversen politischen Querelen keine Mehrheit mehr bei den 115 Parlamentariern der regierenden „Australian Labor Party“ mehr erhalten hatte. Rudd war vor allem über seine rigide Einwanderungspolitik gestolpert sowie über seine Ankündigung, die Gewinne der großen Minengesellschaften mit 40% besteuern zu lassen.

Die 49-jährige Julia Gillard wurde 1961 in Wales (Großbritannien) geboren. Im Alter von fünf Jahren kam sie mit ihren Eltern nach Adelaide, wo sie an der Universität Kunst und Rechtswissenschaften studierte. 1987 erhielt Gillard eine Anstellung als Rechtsanwältin bei der Kanzlei *Slater & Gordon* und war dort auf Arbeitsrecht spezialisiert. 1990 wurde sie Partnerin in der Anwaltskanzlei.

1983 wurde Julia Gillard die zweite weibliche Vorsitzende der Studentengewerkschaft „Australian Union of Students“. Zudem war sie in der Führung des „Socialist Forum“. Von 1996 bis 1998 gehörte sie zum Personal des seinerzeitigen Oppositionsführers und späteren Ministerpräsidenten des südost-australischen Bundesstaates

Victoria, John Brumby. Sie war dabei unter anderem für die Festlegung einer Frauenquote bei den Kandidaten der Labor Party verantwortlich. Seit Oktober 1998 ist Gillard als Abgeordnete der Partei „Australian Labor Party“ im australischen Parlament vertreten. Sie wurde für den Wahlkreis von Lalor, Victoria, gewählt. Von 2007 bis 2010 war sie Ministerin für Bildung, Arbeit und sozialen Ausgleich.

Julia Gillard ist nicht verheiratet und kinderlos.

(*Flash d'Océanie* 24.06.10,
<http://www.aph.gov.au/house/members/member.asp?id=83L>,
http://www.daylife.com/topic/Julia_Gillard,
Wikipedia,
The Australian.com.au)

Verstärkte Zusammenarbeit mit China

Den Besuch des chinesischen Vizepräsidenten Xi Jinping im Juni des Jahres haben die Vertreter beider Regierungen dazu genutzt, Verträge zwischen Minenbetreibern in beiden Staaten im Wert von ca. sieben Millionen Euro abzuschließen. Weitere Abkommen wurden im Bereich der kommerziellen Luftfahrt unterzeichnet.

Australien hat zudem angekündigt, 21 Millionen Euro in den Ausbau des australisch-chinesischen Tourismus zu investieren. Chinesische Touristen zieht es zunehmend nach „down under“; hier sehen Experten einen Wachstumsmarkt.
(<http://www.dfat.gov.au/acc/>, *Flash d'Océanie* 22.06.10)

Militärische Übung mit PNG

Die Streitkräfte von Australien (Australian Defence Force) haben gemeinsam mit den Streitkräften aus Papua-Neuguinea, der „Papua New Guinea Defence Force“, von Juli bis September verschiedene militärische Übungen absolviert. Ein Manöver namens „Olgeta Warrior“ (d.h. alle Krieger) fand in der Provinz West Sepik direkt am Fluss Sepik statt. Hier übten die Soldaten die Zusammenarbeit am Boden und in der Luft, wobei vor allem die Helikopter vom Typ „Chinook“ und „Black Hawk“, die

beide Armeen besitzen, zum Einsatz kamen.

Ein weiteres Manöver namens „Wantok Warrior“ (befeundete Krieger/Soldaten) fand zunächst in Wewak (East Sepik Province, PNG) und später dann im australischen Townsville (Queensland) statt. In beiden Orten trafen die Infanterieregimenter aufeinander. Sie probten für den Fall eines gewaltsamen Aufstandes bzw. eines Bürgerkrieges auf den pazifischen Nachbarinseln. Die Übung „Wantok Warrior“ läuft seit dem Jahr 2008 und findet jährlich in beiden Staaten an wechselnden Orten statt. (*Flash d'Océanie* 15.07.10, *PNG Gosip Newsletter* 06.07.10)

Elf Sträflingslager sind Weltkulturerbe

Das ehemalige Straflager in Port Arthur auf Tasmanien (Australien) ist in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO aufgenommen worden. Von 1833 bis zu seiner Schließung 1877 entsandte Großbritannien die Sträflinge mit den höchsten Haftstrafen auf das als ausbruchssicher – da von allen Seiten vom Meer umgebene - geltende Gefängnis. 12.500 Häftlinge waren hier als Zwangsarbeiter im Schiffsbau und im Steinbruch tätig. Teilweise wurden auch Kinder schon wegen geringer Vergehen nach Port Arthur deportiert. Erwachsene und Kinder mussten neben der Arbeit im Steinbruch auch Gebäude errichten. So entstand die erste konfessionsübergreifende Kirche Australiens, die in gotischem Stil erbaut wurde und bei den Buschfeuern der Jahre 1895 und 1897 abbrannte. Heute ist die Anlage ein großes Freilichtmuseum und die größte Touristenattraktion in Tasmanien.

Neben Port Arthur sind zehn weitere Sträflingslager als Weltkulturerbe aufgenommen worden: Old Government House, the Domain, Hyde Park Barracks, Cockatoo Island and Old Great North Road im Bundesstaat New South Wales, Fremantle Prison in Western Australia sowie die Kingston und

Arthurs Vale Historischen Stätten auf der polynesischen Insel Norfolk. Außerdem wurde Tasmanniens Brickendon und Woolmers Estates, Darlington Probation Station, Coal Mines Historic Site und die Cascades Female Factory aufgenommen.

Gleich vier Regionen in Australien sind sowohl als Weltnaturerbe wie auch als Weltkulturerbe deklariert: Der Kakadu National Park und die Willandra Lakes Region (beide seit 1981), Tasmanian Wilderness (seit 1982) und der Uluru-Kata Tjuta National Park (seit 1987). (<http://www.portarthur.org.au/>, *Australien Newsletter August 2010, Wikipedia*)

SPORT

Manu Samoa feiert Doppelsieg

Edinburgh: Mit einem haushohen 41:14 konnte sich die samoanische Rugby-Nationalmannschaft „Manu Samoa“ gegen das Team aus Australien durchsetzen. Das Rugby-Turnier „Edinburgh Sevens“ (unter Kennern auch als „Scotland Sevens“ bekannt) war Teil der über acht Turniere hinweg ausgetragenen „Sevens World Series“ des International Rugby Board, IRB. Das IRB hat mit der „Scottish Rugby Union“ einen Vertrag über die Durchführung der Spiele aus der Sevens-Serie für die Jahre 2007 bis 2011 abgeschlossen.

Mit dem Turniersieg gegen Australien wurde Samoa in der Gesamtwertung erstmals auch Weltmeister in der Serie der „World Sevens“.

Das „Edinburg Sevens“ wird von der Fluggesellschaft „Emirates Airline“ gesponsert. Die Spiele finden auf dem Murrayfield in der schottischen Hauptstadt Edinburgh statt.

(http://www.skysports.com/story/0,19528,12321_6181531,00.html, <http://www.manusamoa.com.ws/>)

Pazifische Schiedsrichter bei WM

Gleich sechs Männer aus dem Pazifik hatte die FIFA als Schiedsrichter und als Schiedsrichterassistenten zur Fußballweltmeisterschaft vom 11. Juni bis zum 11. Juli 2010 nach Südafrika entsandt. Die „Oceania Football Confederation“ wurde vertreten von den beiden neuseeländischen Schiedsrichtern Michael Hester und Peter O’Leary sowie den neuseeländischen Schiedsrichterassistenten Brent Best und Jan Hendrik Hintz. Erstmals nahm der tonganische Schiedsrichterassistent Tevita Makasini an einer Fußballweltmeisterschaft teil. Der am 26. November 1976 auf Tonga geborene Makasini ist seit 2003 bei der FIFA als Schiedsrichterassistent akkreditiert.

Matthew Taro von den Salomonen nahm ebenfalls erstmals an einer WM teil. Er wurde am 16. Mai 1967 geboren und ist seit 2002 als Schiri-Assistent tätig. Sein Debüt als Assistent gab Taro 2007 beim FIFA U17 World Cup in Südkorea. Es folgten etliche Einsätze für die FIFA, u.a. 2009 beim FIFA U17 World Cup in Ägypten und bei der FIFA Cup Championship in Abu Dhabi.

Die „Solomon Islands Football Federation“ erklärte, die Nominierung Taros als Schiri-Assistent für die WM spiegle den hohen Stellenwert der Schiri-Ausbildung auf den Salomonen wider. Taro habe sich über die Jahre hinweg kontinuierlich in seiner Leistung verbessert und seine Teilhabe an der WM sei der Lohn der Mühen.

Taro war bei diversen Partien entweder als Ersatz-Schiri-Assistent oder als vierter und fünfter Offizieller im Einsatz.

Info: Zur FIFA (Internationale Föderation des Verbandsfußballs) gehören sieben Fußball-Konföderationen, darunter auch die aus Ozeanien. Jede Konföderation hat das Recht, ihre besten Schiedsrichter für die

Weltmeisterschaft vorzuschlagen. Die Entscheidung über die Nominierung trifft aber letztendlich die FIFA. (www.fifa.com, *Solomon Star News 08.02.10*, *Solomon Times 08.06.10*)

„TOK BILONG PASIFIK“

Kava-Shirts für EXPO

Schanghai: Auf der Weltausstellung EXPO in Schanghai wartet der fidschianische Pavillon mit einer Besonderheit auf: Hier können Besucher in Kava getränkte T-Shirts erwerben. Die Shirts werden von der Firma „Windward Apparel Limited“ in Savusavu hergestellt. Dazu werden die mit typischen fidschianischen Symbolen bedruckten Baumwoll-Shirts über Nacht in Kava eingeweicht und am nächsten Tag zum Trocknen ausgebreitet. Die Kava saugt sich in den Stoff, trocknet und wird mit einem essbaren Fixiermittel eingesprüht. Windward Apparel-Chef Sean Cody erklärt: *„Touristen lieben unsere Kava-Shirts, da man einfach am Ärmel lutschen kann und sich sofort durch die Aufnahme der Kava gut fühlt“.*

Die EXPO in Shanghai am Ufer des Huangpu-Flusses hat am 1. Mai ihre Tore geöffnet. 190 Länder präsentieren sich dort in Pavillons und mit Gemeinschaftsständen. Bis zur Schließung am 31. Oktober rechnet man mit 70 Millionen Besuchern.

(<http://www.windwardapparel.com/>, *Fiji Times 26.06.10*)

Kava-Bann in Schulen

Fidschi: Das fidschianische Bildungsministerium hat in einem Rundschreiben an alle Schulen darauf hingewiesen, dass der Konsum von Kava in der Schule bzw. während der Unterrichtszeit für Schüler und Lehrer streng verboten ist. Das Ministerium rief mit dem Schreiben einen Erlass in Erinnerung, der bereits 2008 gefasst wurde. Darin wird der Genuss von Kava in allen Einrichtungen des

Öffentlichen Dienstes untersagt. Die Schule sei nicht der Ort, an dem man Kava genießen könne, hier gelte es, aufmerksam und uneingeschränkt dem Unterrichtsgeschehen zu folgen, hieß es in dem ministeriellen Schreiben. Kavarunden sollten am Wochenende stattfinden, wenn die Kinder frei hätten und sich nicht so konzentrieren müssten. (*Fiji Times 08.06.10*)

„Tahitian Noni“ ist gesunder Arbeitsplatz

Tahiti: Anfang August hat das amerikanische Meinungsforschungsinstitut „Interactive Health Solutions“ seine Liste mit den gesündesten Arbeitgebern in Amerika („Healthiest Companies in America“) im Jahr 2010 veröffentlicht. Von 1.300 Bewerbern wurden 34 ausgewählt. Diese Arbeitgeber unterstützen ihre Angestellten auf vielfältige Weise bei einem gesunden Lebens- und Arbeitsstil. Sie führen beispielsweise Sport- und Präventionsprojekte während der Arbeitszeit durch und sehen Gesundheit als wichtiges Markenzeichen ihrer „corporate identity“ an.

Zu den 34 ausgesuchten Arbeitgebern gehört auch „Morinda Holdings Inc.“, der Mutterkonzern von „Tahitian Noni International“. Beide Firmen haben ihren Sitz in Provo im amerikanischen Bundesstaat Utah. Von hier aus ist „Tahitian Noni“ in 70 Ländern aktiv und vertreibt dort Kosmetika, Diätprodukte und Nahrungsergänzungsmittel aus dem Noni-Saft.

Info: Noni (die Frucht des Noni-Baumes) wird in Europa hauptsächlich als Fruchtsaftgetränk angeboten. Noni-Produkte gelten als neuartige Lebensmittel, die nach der Novel Food-Verordnung eine Zulassung benötigen. Danach müssen die Hersteller oder Anbieter nachweisen, dass von einem neu auf dem europäischen Markt angebotenen Lebensmittel keine gesundheitlichen Gefahren für den Verbraucher ausgehen. Im Jahr 2001 verordnete das „Bundesinstitut für Arzneimittel

und Medizinprodukte“ wegen Nichtwirksamkeit des Produktes ein vorläufiges Verbot für Nonisaft. Im Jahr 2003 gestattete die Europäische Kommission schließlich das Inverkehrbringen von Noni-Saft. Auflagen für den Vertrieb waren die Pasteurisierung des Getränks und der Verzicht auf Werbeaussagen, die dem Produkt eine gesundheitsfördernde Wirkung unterstellen. Auch nach der Zulassung des Nonisaftes „Tahitian Noni“ als Lebensmittel („Novel Food“) ist wegen nicht nachgewiesener Wirksamkeit die Werbung mit gesundheitsbezogenen Aussagen zur Heilung und Linderung von Krankheiten nach dem Lebensmittelrecht verboten. Dem Saft werden von seinen Befürwortern viele gesundheitsfördernde und heilende Wirkungen nachgesagt. Tatsächlich gibt es zu den angepriesenen Wirkungen keinerlei wissenschaftlich gesicherte Belege. Für die Anwendung zur Behandlung von Krankheiten mit Noni-Produkten ist eine Zulassung als Arzneimittel gesetzlich vorgeschrieben, welche innerhalb der Europäischen Union für keine einzige der angeblichen Wirkungen existiert. (<http://www.TahitianNoni.com>, <http://www.noni.de>, *Tahitipresse 23.08.10, Wikipedia*)

Junge aus Bikini erhält hohe Auszeichnung

Hawai'i: Der 17-jährige Schüler Brandon Junior Johnson hat die höchste Auszeichnung im Tauchen von der amerikanischen „National Interscholastic Swimming Coaches Association“ erhalten: Er wurde als „High School All-American“ geehrt und gehört damit zu den amerikaweit nur 1 % aller Amateur-Taucher, die diese Ehre zugesprochen bekommen.

Johnson lebt seit zehn Jahren in Hawai'i in verschiedenen Pflegefamilien. Ursprünglich stammt er vom Bikini-Atoll. Er ist taub und besucht deshalb die „Hawai'i School for the Deaf and the Blind“. Hier wurde er kürzlich zum Schülersprecher gewählt.

„Andere Menschen denken immer, Taube könnten nichts leisten“. *Denen habe ich das Gegenteil bewiesen*“, freute sich der Jugendliche.

Johnson begann im Alter von elf Jahren mit dem Tauchen, ermutigt von seiner damaligen Pflegefamilie. Seine Sozialarbeiterin rief nun über lokale Medien und das Internet die Ursprungsfamilie des Jungen dazu auf, sich zu melden. Johnson würde gerne seinen Erfolg mit seinen leiblichen Eltern teilen, erklärte Amy West. (*Marshall Islands Journal 16.07.10, Yokwe online, http://bikiniatoll.wordpress.com/*)

Pokémon-Weltmeisterschaften ohne deutsche Erfolge

Hawai'i: Vom 13. bis zum 15. August fanden im Hilton Waikoloa Villa Hotel auf Kona (Hawai'i) die Pokémon-Videospiel-Weltmeisterschaften statt. Dazu hatten sich mehrere deutsche Spieler qualifiziert. In jedem Qualifikationsturnier wurden Spieler aus zwei Altersklassen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Die vier besten Spieler eines jeden Jahrgangs wurden nach Hawai'i eingeladen.

Die zehnjährige Julia Wurdack aus Bayern trat in der Junior Division an und erreichte einen respektablen 34. Platz. In der Senior Division kam Robert Wein auf den 22. Platz, Julian Appelfeller erreichte Platz 34.

An der WM nahmen Pokémon-Spieler aus 20 Ländern teil, darunter auch aus Australien und Neuseeland. Sieger in allen Kategorien wurden Japaner.

Info: Die Pokémon sind Fantasiewesen in der gleichnamigen, ursprünglich von Satoshi Tajiri und der japanischen Spielesoftware-Firma Game Freak entwickelten Serie von Videospielen, die eines der wichtigsten Franchises der Firma Nintendo darstellt. Die Pokémon können vom Spieler gefangen, gesammelt und trainiert werden. Dem Erfolg des 1996 erst-

mals veröffentlichten Spieles folgten eine Fernsehserie, ein Sammelkartenspiel, eine große Zahl von Merchandising-Produkten und seit 1998 bisher zwölf Kinofilme. Die Videospiele des Pokémon-Franchises verkauften sich weltweit zusammen über 200 Millionen Mal.

Bei der jährlich stattfindenden offiziellen Pokémon-Videospiel-Meisterschaft treten die weltbesten Pokémon-Spieler in Wettkämpfen in drei Kategorien (Junior, Senior und Masters) gegeneinander an.

(<http://www.pokemonworldchampionships.com/>, <http://pokemonvgc.com/>, <http://pokemon.nintendo.de/>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Australien unterstützt Kirchen in PNG

50.000 Australische Dollar (knapp 35.000 Euro) will die australische Regierung für die Bildungsarbeit und die medizinischen Dienste verschiedener Kirchen in Papua-Neuguinea bereitstellen, verteilt über einen Zeitraum von fünf Jahren. Die Kirchen seien die einzigen Institutionen, die in vielen ländlichen Regionen noch Schulen und Krankenhäuser unterhielten, nachdem sich die Regierung dort oft schon zurückgezogen habe, hieß es zur Begründung. Davon könnten auch australische Kirchen profitieren, wenn sie solche Programme in ihren neuguineischen Partnerkirchen unterstützen. (*National-Online*)

Überfall auf MAF-Flugzeug

Am 25. Juni wurde ein Flugzeug von „Mission Aviation Fellowship“ (MAF) in Karimui kurz nach der Landung überfallen und ausgeraubt. Dabei wurden mehrere

Passagiere verletzt, der Pilot kam mit dem Schrecken davon. Inzwischen wurden zehn Verdächtige von der Polizei festgenommen. Karimui ist die am wenigsten erschlossene Region der Chimbu-Provinz im Östlichen Hochland und kann nur zu Fuß oder aus der Luft erreicht werden. (*National-Online*)

GUTNIUS LUTHERAN CHURCH

Kirche in der Krise

Nachdem im März etwa 160 Pfarrer der „Gutnius Lutheran Church“ (GLC) die Absetzung ihres Bischofs David Piso gefordert hatten, hatte Piso darauf verwiesen, dass dies nur durch die zuständige Synode möglich wäre. Diese hat nun Ende Juni getagt und Piso unangefochten als rechtmäßigen Bischof der GLC bestätigt – so die Lesart des Piso-freundlichen Lagers. Zeitgleich hatte etwas außerhalb von Wabag eine Gegen-synode mit über 600 Delegierten getagt und für sich beansprucht, die rechtmäßige Vertretung der Kirche zu sein. Dort wurde Piso eindeutig abgesetzt und Nicodemus Aiyene mit überwältigender Mehrheit zum Nachfolger Pisos gewählt. Vertreter der eng mit der GLC verbundenen Missouri Synode aus Amerika haben ihre große Besorgnis ausgedrückt und die Kontrahenten aufgerufen, die Einheit der Kirche zu wahren und für Versöhnung einzutreten. (*National-Online*)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Kirche trauert um Bischof Dambui

Die Erzdiözese Port Moresby trauert um Erzbischof Cherubim Dambui (62), der in Manila an einem Nierenversagen verstorben ist. Dambui wurde am 23. Februar 1948 in Timbunke, East Sepik, geboren. 1974 wurde er zum Priester geweiht. Von 1976 bis 1983 war er Gouverneur der East Sepik Provinz. Nach verschiede-

nen Diensten als Pfarrer, Lehrer und Seminar-Rektor wurde er 1995 zum Generalvikar der Diözese Wewak und 2000 zum Bischof von Port Moresby ernannt. Die Trauerfeier, an der auch Premierminister Sir Michael Somare teilnahm, fand im Don Bosco Technology Institute statt. (*National-Online, Wantok Nr. 1872 und 1873*)

Neuer Generalsekretär

Die katholische Bischofskonferenz von PNG und den Solomon Inseln hat einen neuen Generalsekretär: Pater Victor Roche, SVD. Er wird sein neues Amt am 9. August aufnehmen, nachdem er seinen Heimaturlaub beendet hat. (*Wantok Nr. 1865*)

Neue Kirche eingeweiht

Anfang Mai konnte Bischof Francesco Sarego eine neue Kirche in Lopi, West-Goroka, einweihen. 22 Jahre lang hatte es gedauert, bis die Gemeinde die Finanzen in Höhe von 300.000 Kina (83.000 Euro) beisammen hatte und das Gebäude nun fertigstellen konnte. Hauptinitiator Peter Matthew Landu lud auch die anderen Konfessionen ein, das neue Gebäude zu nutzen und die Angebote für die Bevölkerung zu verbessern. (*Wantok Nr. 1865*)

Zum Thema: Sexueller Missbrauch

Lange bevor das Thema sexueller Missbrauch durch Priester in den deutschen Medien Schlagzeilen machte, wurden in Papua-Neuguinea von der Katholischen Kirche -das heißt den Ordensoberen und Bischöfen -Richtlinien erstellt, die vorgeben, wie bei Verdacht des sexuellen Missbrauchs durch kirchliche Mitarbeiter vorzugehen ist: "Dealing with Cases of Sexual Abuse involving Clergy, Religious and Church Personnel in Papua New Guinea".

Die Broschüre "Right Relationships in Ministry – Guidelines for

Promoting Sexual Responsibility" wurde als Leitfaden für Ausbilder von Seminaristen und Ordensleuten entwickelt. Beide Dokumente sind auch als elektronische Version (Copyright: Federation of Religious, PO Box 1321, Boroko NCD und Catholic Bishops Conference, PO Box 398 Waigani NCD) über missio Aachen zu beziehen (Email: a.knoerzer@missio.de).

2003, 2006 und 2009 wurden in PNG auf Landesebene 2-tägige Seminare gehalten, um Führungspersonen im kirchlichen Dienst für den Umgang mit Verdachtsfällen von sexuellem Missbrauch zu schulen. Es geht bei den Schulungen um die Vermittlung der Kompetenz, bei Beschwerden einfühlsam zuzuhören, die richtigen Fragen zu stellen, um Informationen zu erhalten, einen Bericht der erhobenen Vorwürfe für den Direktor des Nationalen Komitees für „Right Relationship in Ministry“ zu verfassen und als Kontaktperson im weiteren Verlauf aufzutreten sowie das Urteilsvermögen zu schärfen, welche Vorwürfe eine Verfolgung des Falles verlangen.

Jede Diözese entsendet Teilnehmer und für die Mitglieder des Nationalen Komitees und Ausschusses für Right Relationships ist die Teilnahme verpflichtend. Vorsitzender des Nationalen Ausschusses für Right Relationships ist Bischof Gilles Côté aus der Diözese Daru-Kiunga. (Artikel von Anne Knörzer, missio Aachen, 12.07.10)

AUS ANDEREN LÄNDERN

„Was können wir tun?“

Marshallinseln: „Was können wir tun?“ - so lautete das Thema einer Jugendkonferenz der „Full Gospel Church“. Verschiedene Gastredner riefen die Jugendlichen dazu auf, Botschafter für Gesundheitsdienste und die Verbesserung der Lebensumstände der Menschen zu sein. Neben Bibelarbeiten und zahlreichen Präsentationen standen auch sportliche Aktivitäten auf dem Programm. (The Marshall Islands Journal, 16.07.2010)

ÖRK solidarisch

Tuvalu: Eine Delegation des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) hat Ende Mai den Einwohnern von Tuvalu ihre Solidarität im Kampf gegen den Klimawandel bekundet. Die Atolle von Tuvalu sind direkt vom Anstieg des Meeresspiegels betroffen und haben bereits ganz konkret mit den Folgen der Erderwärmung zu kämpfen. Die Delegation des ÖRK bestand aus Bischöfin Sofie Petersen (Grönland), Patriarch Elias Abramides (Argentinien), Nikos Kosmidis (Griechenland) und Arthur Shoo (Afrika). (WCC-Newsletter vom 18.05.2010)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

"pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Islands Business
• Flash d'Océanie • National
• Oceania Flash • Pacific Beat
• Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand
• Sydney Morning Herald • Tahitipresse • The Lutheran
• Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONENSTELLE



Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120